

<http://www.bundestag.de/dokumente/protokolle/vorlaeufig/17024.html>

Auszug aus dem vorläufigen Protokoll der
24. Sitzung des Deutschen Bundestages
vom 25. Februar 2010

Beginn: 9.00 Uhr

***** VORAB-VERÖFFENTLICHUNG *****

***** DER NACH § 117 GOBT AUTORISIERTEN FASSUNG *****

***** VOR DER ENDGÜLTIGEN DRUCKLEGUNG *****

Wir kommen nun zu den Tagesordnungspunkten 4 a und 4 b:

a) Beratung des Antrags der Abgeordneten Markus Kurth, Ekin Deligöz, Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Bedarfsgerechte Regelsätze für Kinder und Erwachsene jetzt ermöglichen

- Drucksache [17/675](#) -

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Haushaltsausschuss

b) Beratung des Antrags der Abgeordneten Katja Kipping, Klaus Ernst, Matthias W. Birkwald, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE

Weg mit Hartz IV - Für gute Arbeit und eine sanktionsfreie, bedarfsdeckende Mindestsicherung

- Drucksache [17/659](#) -

Überweisungsvorschlag:
Ausschuss für Arbeit und Soziales (f)
Innenausschuss
Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Ausschuss für Gesundheit

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für diese Aussprache 90 Minuten vorgesehen. - Auch hierzu höre ich keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Markus Kurth für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

25.02.2010 - 1/53 - E:\0A-

SHOPS\105_unsereBRD\Berichtsquellen\Bundestag_Sitzung24_HartzIV_2010-02-25.doc

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Das Bundesverfassungsgericht hat am 9. Februar ein bemerkenswertes Urteil gesprochen. Es stellt in bemerkenswerter Klarheit die Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums in einen direkten Zusammenhang mit Art. 1 Abs. 1 des Grundgesetzes, der da lautet:

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.

Das Bundesverfassungsgericht stellt weiterhin klar, dass das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums eine eigenständige Bedeutung hat und dem Grunde nach unverfügbar ist.

Alle, die sich an der Debatte über die Regelsätze zum Arbeitslosengeld II beteiligen, sollten diese Leitsätze des Bundesverfassungsgerichtes zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen nehmen, wenn sie den Grundsatz der Menschenwürde nicht verächtlich machen und das Sozialstaatsprinzip nicht infrage stellen wollen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wer wie der FDP-Vizekanzler das menschenwürdige Existenzminimum als leistungsloses Einkommen zu diskreditieren versucht, zeigt, dass er das Bundesverfassungsgericht und sein Urteil weder ernst noch wirklich zur Kenntnis nimmt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wer diejenigen, die sich seit Jahren hier im Parlament sachlich und sehr sorgfältig mit der Bestimmung der Regelsätze auseinandersetzen, der Einladung zu spätrömischer Dekadenz bezichtigt, der verunglimpft nicht nur die Erwerbslosen, sondern offenbart auch ein gerüttelt Maß an Unverständnis für demokratisch-parlamentarische Prozesse.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD)

Wer sich wie der FDP-Generalsekretär Lindner nicht zuerst - von der Menschenwürde ausgehend - die Frage stellt, ob 251 Euro monatlich einem zehnjährigen Kind zu einer menschenwürdigen Existenz verhelfen, sondern stattdessen pauschal unterstellt, arme Mütter könnten vielleicht zum Zweck des Geldverdienens gebären, der beweist sein völliges Desinteresse an den Lebensbedingungen von armen Kindern in diesem Land.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Mir ist es wichtig, das zu Beginn dieser Debatte zu betonen, weil ich der Auffassung bin, dass es sich um mehr handelt als um einen Fehlgriff in der Wortwahl oder um eine falsche Tonlage. Hier offenbart sich ein grundlegend gestörtes Verhältnis zu den Grundlagen unseres Gemeinwesens und des Grundgesetzes.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Es tut also not, die durch die Verbalinjurien von Herrn Westerwelle entglittene Debatte über das menschenwürdige Existenzminimum wieder mit der Ernsthaftigkeit zu führen, mit der auch das Bundesverfassungsgericht sein Urteil gesprochen und begründet hat. Deshalb hat Bündnis 90/Die Grünen die heutige Debatte beantragt und einen Antrag vorgelegt, der den Grundsatz der Unantastbarkeit der Würde des Menschen den weiteren Erwägungen voranstellt. Gerade weil das Grundrecht auf ein menschenwürdiges Existenzminimum dem Grunde nach nicht verfügbar ist, halten wir es für zwingend, dass der Gesetzgeber seinen

Gestaltungsspielraum wohlüberlegt nutzt. An einer plausiblen Begründung und nachvollziehbaren Herleitung der aktuellen Regelsätze mangelt es. Ich gebe unumwunden zu, dass wir 2004 den Fehler gemacht haben, unsere bereits damals bestehenden Einwände nicht hartnäckig genug vertreten zu haben. Allerdings kann sich keine Fraktion, die in den vergangenen Jahren Regierungsverantwortung getragen hat, von einer Mitverantwortung freisprechen,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

da die Regelsatzverordnung nicht nur von der damaligen Bundesregierung, sondern auch vom Bundesrat verabschiedet wurde. Als damals Beteiligter kann ich mich sehr gut erinnern, dass keine Landesregierung besondere Anstrengungen an den Tag gelegt hat, um das Verfahren zu verändern.

Umso wichtiger sollte es nun nicht nur für meine Fraktion sein, beim jetzt fälligen Blick nach vorn die Konsequenzen zu ziehen. Hierzu gehört erstens, die Bedarfsermittlung den Realitäten anzupassen. Wer glaubt, dass 15 Euro für ein Monatsticket ausreichen, der ist schon lange nicht mehr mit dem öffentlichen Nahverkehr gefahren.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Kinder dürfen bei der Bedarfsermittlung nicht mehr wie kleine Erwachsene behandelt werden. Es kann doch nicht wahr sein, dass der Bedarf eines alleinstehenden, armen Rentners als Maßstab für das herhalten muss, was arme Kinder in diesem Land als Existenzminimum haben.

Zweitens brauchen wir faire und gerechte Öffnungsklauseln für besondere Lagen und atypische Bedarfe. Es gibt auch 15-Jährige, die 1,90 Meter groß sind. Ich selbst habe mit Eltern gesprochen, die mir ihre Notlagen etwa bei Übergrößen für Kleidung geschildert haben. Nun machen Sie aber eine engherzige und kleinmütige Regelung, mit der Sie erst einmal festlegen, was alles nicht geht. Das kann nicht die Antwort sein. Vielmehr muss eine gerechte Öffnungsklausel bei Beibehaltung des grundsätzlichen Prinzips der Pauschalierung geschaffen werden.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens ist nach Auffassung von Bündnis 90/Die Grünen sofortiges Handeln erforderlich. Der Paritätische Wohlfahrtsverband hat schon vor Jahren sehr plausibel dargelegt, dass ein Regelsatz von 420 Euro unter Verzicht auf bestimmte Dinge angemessen wäre. In den letzten Jahren ist der ohnehin unzulängliche Regelsatz zudem weit hinter der Preisentwicklung zurückgeblieben. Aus diesem Grunde fordern wir die Anhebung des Erwachsenenregelsatzes auf zunächst 420 Euro und der Kinderregelsätze je nach Alter auf zwischen 280 und 360 Euro im Monat.

(Christian Lindner (FDP): Das kostet 20 Milliarden Euro!)

Wenn es jetzt um die Umsetzung der Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes geht, warne ich die Bundesregierung vor Trickereien. Es gibt leider zahlreiche Anzeichen, dass Union und FDP versuchen, die Forderungen des Bundesverfassungsgerichtes zu umgehen. Sie sagen erstens, das Bundesverfassungsgericht habe gesagt, dass die Regelsätze nicht evident unzureichend seien. Es hat aber keineswegs festgestellt, dass sie ausreichend sind. Es hat Ihnen gerade einmal zehn Monate gegeben, um die Regelsatzverordnung zu überarbeiten, und es hat die Regelsätze für so unzureichend

gehalten, dass unabweisbare Bedarfe ab sofort, ab Urteilsverkündung, beantragt werden können und berücksichtigt werden müssen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens sagen Sie, man könne für die Kinder Sachleistungen statt Geldleistungen erbringen. Ich bin der Letzte, der infrage stellen würde - und das gilt auch für meine Fraktion -, dass gute Bildungsinfrastruktur, verbunden mit vernünftigen Sachleistungen, eine wirkungsvolle und wichtige Armutsprävention wäre. Aber man darf Sachleistungen nicht gegen Geldleistungen ausspielen. Musische Bildung ersetzt keinen Wintermantel.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich fordere Sie in diesem Zusammenhang auf, bei der Betonung von Sachleistungen endlich auf das Argument zu verzichten, dass die Eltern das Geld ihrer Kinder versaufen würden. Stellen Sie nicht die Eltern von 1,8 Millionen Kindern in Hartz-IV-Bezug unter den Generalverdacht, ihre Kinder als Schnapslieferanten zu missbrauchen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN - Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU): Mit Verdächtigungen von Eltern kennen Sie sich ja aus!)

Drittens zum berühmten Lohnabstand: Wer arbeitet, soll mehr haben als derjenige, der nicht arbeitet. Was für eine Banalität! Es gibt, glaube ich, niemanden in diesem Hause, der das nicht ebenso empfindet.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Iris Gleicke (SPD): Mindestlohn!)

Bleiben Sie bei der Wahrheit! Wenn Sie öffentlich Lohnabstandsrechnungen anstellen, dann unterschlagen Sie regelmäßig die vorgelagerten Sozialleistungen. Sie unterschlagen das Kindergeld, das Wohngeld und den Kinderzuschlag,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

kommen so zu niedrigen Berechnungen und hetzen Niedrigverdiener gegen die Bezieher von Arbeitslosengeld II, die nichts lieber als einen Job hätten, auf.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Ich erinnere Sie gerne daran, dass das Bundesverfassungsgericht den Vorrang des menschenwürdigen Existenzminimums definiert hat. Es hat nicht gesagt, das Lohnabstandsgebot sei unantastbar; vielmehr kommt zuerst das Existenzminimum, und dann können wir uns natürlich Gedanken über Anreizsysteme für eine Arbeitsaufnahme machen.

(Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU): Und wie hat Rot-Grün das definiert?)

Wir halten einen Mindestlohn in Verbindung mit einer Entlastung der Sozialversicherungsabgaben im unteren Einkommensbereich für richtig, um bessere Anreize zu schaffen. Sie hingegen wollen die Regelleistung absenken. Ich frage Sie, ob Sie nicht zur Kenntnis genommen haben, dass die Löhne im Niedriglohnbereich selbst während der Aufschwungjahre gesunken sind. Das Lohnabstandsgebot alter Prägung kann auch

deswegen nicht mehr greifen, weil die Löhne im unteren Einkommensbereich sich wegen eines fehlenden Mindestlohnes von oben den Regelsätzen annähern. Wir drohen in eine Negativspirale zu geraten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Wenn wir jetzt in die weiteren Beratungen eintreten, sollten wir tatsächlich die Menschenwürde zum Kern und zum Ausgangspunkt nehmen. Im Grundgesetz steht nicht, der Niedriglohnsektor ist unantastbar; außerdem ist der Mensch kein Nutztier. Ersparen Sie uns und vor allem den Betroffenen eine Propaganda der Ungleichheit und nehmen Sie die Personen in ihrer Würde ernst!

Vielen Dank.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Der Kollege Karl Schiewerling ist der nächste Redner für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Bundesverfassungsgericht hat in zwei Urteilen dem Gesetzgeber Aufträge erteilt, die noch in diesem Jahr umzusetzen sind. Die Botschaft in beiden Urteilen ist eindeutig: Hartz IV steht auf dem Boden der Verfassung, die Organisation muss auf neue Füße gestellt werden, und die Bedarfssätze sind stringent, transparent und nachvollziehbar zu gestalten,

(Elke Ferner (SPD): Und menschenwürdig!)

und zwar so, dass das physische Existenzminimum und die Teilhabe am kulturellen Leben gesichert werden.

Die Urteile und die aufgewühlte Diskussion der letzten Tage geben Anlass, sich an die Wurzeln des in den Jahren 2004 und 2005 - hier gebe ich dem Kollegen Kurth recht - entstandenen gemeinsamen Gesetzes von Bundestag und Bundesrat zu erinnern. Die Wurzeln waren: Wir wollten sicherstellen, dass kein Mensch in Armut fällt und dass wir eine Grundsicherung für diejenigen bekommen, die langzeitarbeitslos sind, und ebenso für diejenigen, die von der Sozialhilfe leben. Deswegen wurde beides zusammengeführt. Aber der Sicherheit, dass niemand durch den Rost fällt, wird auf der anderen Seite die Verantwortung gegenübergestellt, dass auch jeder das tut, was er kann, um seine Familie und sich wieder mit selbsterworbenem Geld zu finanzieren und zu tragen.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Der Staat und wir alle haben die Verpflichtung und die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die Brücken gebaut werden, dass dies nach und nach wieder möglich wird und dass Menschen wieder in Beschäftigung kommen. Das ist der eigentliche Kern der gesamten Diskussion. Die Kernfrage lautet: Was ist zu tun, damit Menschen wieder in Beschäftigung kommen?

Mit Verlaub, liebe Kolleginnen und Kollegen von den Linken, ich kenne aus den letzten vier Jahren - so lange begleite ich diese Diskussion auf parlamentarischer Ebene - nicht einen

25.02.2010 - 5/53 - E:\0A-

SHOPS\105_unsereBRD\Berichtsquellen\Bundestag_Sitzung24_HartzIV_2010-02-25.doc

einzigem Antrag von Ihnen, nicht einen einzigen, in dem Sie deutlich machen, wie Sie Menschen wieder in Beschäftigung bringen wollen.

(Lachen bei der LINKEN - Beifall bei der CDU/CSU und der FDP - Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Der Witz war gut!)

Es gibt keinen einzigen Antrag von Ihnen, der beschreibt, wie Sie das organisieren wollen.

(Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Wo waren Sie denn die vier Jahre?)

Meine Damen und Herren, es geht um dieses Urteil des Bundesverfassungsgerichts, um nichts mehr und um nichts weniger. Ich empfehle allen Beteiligten, dieses Urteil tatsächlich auf dieser Grundlage zu lesen. Wenn wir jetzt ohne Kenntnis der Einkommens- und Verbraucherstichprobe 2008, deren Ergebnis erst im Herbst 2010 vorliegen wird, anfangen, darüber zu fabulieren, ob Sätze anzuheben oder abzusenken sind,

(Paul Lehrieder (CDU/CSU): 500 Euro!)

dann missachten wir die Urteile des Bundesverfassungsgerichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Unsere Aufgabe besteht darin, jetzt zu prüfen, wie die Zusammenhänge der Einkommens- und Verbraucherstichprobe aussehen.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege Schiewerling, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kipping zu?

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

Ja.

Katja Kipping (DIE LINKE):

Herr Schiewerling, Sie haben soeben behauptet, dass Sie in den letzten Jahren keinen einzigen Antrag von uns zur Kenntnis genommen haben, in dem wir Vorschläge unterbreitet hätten, wie man Menschen in Arbeit bringen kann.

(Zuruf von der CDU/CSU: Es war auch nie einer da!)

Vor diesem Hintergrund frage ich Sie, ob Sie bereit sind, zur Kenntnis zu nehmen, dass wir sehr viele Anträge eingebracht haben, zum Beispiel zum Thema öffentliche Beschäftigung.

(Widerspruch bei der CDU/CSU)

Aber wir wollen gar nicht in der Vergangenheit kramen und an Ihr schlechtes Gedächtnis erinnern.

Sind Sie bereit, unseren Antrag, den wir jetzt in diesem Tagesordnungspunkt behandeln und in dem wir ganz konkrete Maßnahmen unterbreiten, wie Menschen in Beschäftigung kommen, wenigstens einmal durchzulesen? Wir sagen zum Beispiel, wir wollen, dass gute

Arbeit gefördert wird, und wir wollen ein öffentliches Zukunftsprogramm, das 2 Millionen zusätzliche Arbeitsplätze schaffen könnte.

(Zuruf von der FDP: In Berlin habt ihr 200 000 abgeschafft!)

Warum ignorieren Sie den hier vorliegenden Antrag?

(Beifall bei der LINKEN)

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

Frau Kollegin Kipping, ich ignoriere den Antrag nicht. Ich habe auch die übrigen Anträge nicht ignoriert.

(Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Aha! Also doch!)

Ich sprach davon, dass wir zu mehr sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen auf dem ersten Arbeitsmarkt kommen müssen. Da schwebt mir schlicht und einfach und an erster Stelle die deutsche Wirtschaft vor und nicht der Ausbau des öffentlichen Sektors.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Auf die Frage, wie wir es erreichen können, dass Betriebe Beschäftigung schaffen, geben Sie keine Antwort.

(Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Durch Innovationen und nicht durch Steuersenkungen! - Elke Ferner (SPD): Existenzsichernd bezahlt! Dazu sagen Sie nichts!)

Das ist mein Kritikpunkt, und bei dem bleibe ich.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil auf die Dringlichkeit hingewiesen - das halte ich für einen der wesentlichen Bestandteile dieses Urteils -, sich mit der Situation der Kinder und deren Bildungsbedarfe zu beschäftigen. Das ist eine große Herausforderung für uns alle, für den Deutschen Bundestag, für den Bundesrat und für das Gesetzgebungsverfahren, das jetzt auf den Weg gebracht wird.

Es ist eine große Chance; denn es gibt viele Kinder, deren Familien bereits in der zweiten oder dritten Generation von Sozialhilfe leben, deren Eltern, Großeltern und Urgroßeltern davon leben. Wenn wir ihnen nicht konsequent helfen, werden sie denselben Weg gehen. Wir dürfen kein Kind verloren gehen lassen. Es ist unsere Verantwortung, ihnen Perspektiven zu schaffen, weil in jedem Kind Hoffnung, Begabung und Fähigkeiten stecken.

(Beifall des Abg. Paul Lehrieder (CDU/CSU))

Das Bundesverfassungsgericht hat uns darauf aufmerksam gemacht. Wir haben nun die Rahmenbedingungen zu setzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Wir werden in der christlich-liberalen Koalition das Urteil konsequent umsetzen. Wir haben mit dem ersten Teil angefangen, dessen Umsetzung keinen Aufschub erlaubt. Ich glaube, dass wir das Vorhaben gut miteinander gestalten werden.

Es geht letztendlich darum, dass wir genau schauen müssen, in welchen Lebenssituationen sich die einzelnen Menschen befinden. Wenn eine Botschaft aus diesem Urteil zentral ist, dann ist es die Botschaft, dass wir berücksichtigen müssen, in welcher Lebenssituation sich die 6,5 Millionen Menschen, darunter 1,6 Millionen Kinder, die von den Regelleistungen des SGB II leben, befinden. So vielfältig unsere Gesellschaft ist, so vielfältig ist die Lebenssituation der Menschen, die sich in diesem System befinden. Deswegen müssen wir differenziert antworten und differenziert helfen.

Aber es bleibt dabei: Im Mittelpunkt steht die Aufgabe, dass wir die Menschen wieder in Beschäftigung bringen müssen. Die Perspektiven dafür sind nicht schlecht. Wer die Arbeitslosenzahlen von heute mitbekommen hat, weiß, dass der Einbruch auf dem Arbeitsmarkt trotz des Winters zu unserer allergrößten Freude nicht stattgefunden hat.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Es ist fast ein Jobwunder in Deutschland, dass die Arbeitslosenzahl trotz des strengen Winters nur um 26 000 gestiegen ist. Das ist die saisonbereinigte Zahl, und das ist der Konjunktur geschuldet. Wir alle haben mit viel schlimmeren Zahlen gerechnet. Wir wollen miteinander hoffen, dass dieser Trend anhält. Dafür wollen wir alles tun.

Ich möchte einige wesentliche Stichworte aufgreifen, um darzustellen, um was es grundsätzlich geht. Wir brauchen eine verfassungskonforme Lösung für die Organisation des SGB II. Hierbei geht es um die Frage der Verantwortung. Verantwortung - das ist das große Stichwort. Es geht in der gesamten Grundsicherungsdebatte um Verantwortung: um die Verantwortung des Staates, dass alle Menschen ein soziales und soziokulturelles Existenzminimum haben, außerdem um die Verantwortung, dass wir den Menschen helfen und sie wieder in die Lage versetzen, mit ihrer eigenen Hände Arbeit und ihres eigenen Kopfes Arbeit ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Familie zu verdienen, aber auch um die Verantwortung jedes Einzelnen: Jeder muss das tun, was er kann und was seinen Fähigkeiten entspricht, um seinen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten.

Weiterhin gilt das Prinzip des Forderns und Förderns. Wir garantieren ein Existenzminimum. Wir erwarten, dass jeder tut, was er kann, um immer weniger von staatlichen Transferleistungen abhängig zu sein.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Herr Kollege.

Karl Schiewerling (CDU/CSU):

Die Organisation und die Neugestaltung des SGB II haben sich an diesem Maßstab auszurichten. Das Verfassungsgerichtsurteil gibt uns die nötigen Rahmenbedingungen an die Hand. Es ist wichtig, dass wir im Jahr 2010 die Grundsicherung für Arbeitssuchende wieder vom Kopf auf die Füße stellen. Lassen Sie uns das gemeinsam anpacken!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält die Kollegin Anette Kramme für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Anette Kramme (SPD):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie alle kennen die klassischen Vorstellungen von der Hölle: brodelnde Kochtöpfe und einen den Dreizack schwingenden Teufel. Seit Kafka wissen wir allerdings, dass die Hölle auch eine monströse und seelenlose Bürokratie sein kann.

Aktuell ist ein FDP-Außenminister oder - besser gesagt - ein Sozial-außen-vor-Minister ein angsteinflößendes Sinnbild ewiger Folter.

(Beifall bei der SPD)

Die Folter, die er uns bereitet, besteht nicht nur im schrillen, hysterischen Ton, der Glas zersprengt und den sozialen Zusammenhalt gleich mit.

(Christian Lindner (FDP): Geschmacklos!)

Die Folter, die er uns bereitet, besteht auch nicht nur im Duktus oder im Ton. Die Folter besteht im Inhalt des Gesagten. Es geht um Daumenschrauben, die angezogen werden sollen. Es geht um das Öffentliche-an-den-Pranger-Stellen. Es geht um die Geißel, die geschwungen wird.

(Jörg van Essen (FDP): Mein Gott!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Beiträge von Herrn Westerwelle zeigen, dass wir uns nicht im Zustand spätrömischer Dekadenz befinden, sondern eher im Zeitalter spätmittelalterlicher Hexenjagd. Da werden die Armen gegen die Armen in Stellung gebracht,

(Volker Kauder (CDU/CSU): Um Gottes willen!)

da werden Heerscharen von Schmarotzern und Betrügern herbeizitiert, die heuschreckenartig über den Sozialstaat herfallen und ihn kahlfressen.

Meine Damen und Herren, Florida-Rolf ist die Ausnahme, nicht die Regel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auch die vom hessischen FDP-Justizminister jüngst für seine Argumentation herangezogenen Leute, die in Talkshows sagen, dass sie nicht arbeiten wollen, sind die Ausnahme. Es ist bezeichnend, wenn sich eine Partei von RTL über die soziale Realität von Hartz-IV-Empfängern informieren lässt. Gehen Sie doch einmal zu den Tafeln!

(Beifall bei der SPD und der LINKEN - Elke Ferner (SPD): Da haben die sich noch nie sehen lassen!)

Gehen Sie doch einmal zu einer Schuldnerberatungsstelle in Ihren Wahlkreisen! Verbringen Sie doch einmal einen Tag in den Jobcentern! Reden Sie mit den Menschen statt über sie!

Dann, meine Damen und Herren von der FDP, werden Sie sehen, dass das Kernproblem nicht in der massenhaften Verweigerung der angebotenen Arbeitsplätze besteht, wie es
25.02.2010 - 9/53 - E:\0A-
SHOPs\105_unsereBRD\Berichtsquellen\Bundestag_Sitzung24_HartzIV_2010-02-25.doc

immer wieder suggeriert wird. Die Regel sind Menschen, die fast alles dafür tun würden, dem Trott der Arbeitslosigkeit zu entkommen. Die ganz große Menge der Hilfeempfänger sucht nichts sehnlicher als gute Arbeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Letztlich geht es doch um mehr als die reine Höhe von Hartz IV. Eine ernstgemeinte Debatte sollte sich darum drehen, wie man den Sozialfall vermeidet, statt darum, wie man die Betroffenen möglichst intensiv malträtiert. Das IAB wird in den nächsten Wochen eine Studie veröffentlichen, die belegt, dass die individuelle Betreuung bei der Arbeitsvermittlung das Wichtigste ist, dass sie dazu führt, dass Menschen wieder in Arbeit kommen. Arbeitslosigkeit ist für Menschen eine existenzielle Bedrohung. Die Menschen können verlangen, dass sie gut und umfassend beraten werden, aber auch, dass sie aufgefangen werden durch die Arbeitsverwaltung. Stattdessen sperren Sie, meine Damen und Herren von Schwarz-Gelb, Stellen bei der Bundesagentur für Arbeit.

(Iris Gleicke (SPD): Hört! Hört!)

Ich sage auch: Das Einkommen der Kellnerin ist wie das Einkommen Millionen anderer Erwerbstätiger in der Bundesrepublik zu niedrig. Es ist zu niedrig, um eine angemessene Entlohnung für geleistete Arbeit darzustellen, und es ist zu niedrig, um die Binnennachfrage in der Bundesrepublik zu stützen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ginge es dieser Kellnerin aber besser, wenn die Lohnersatzleistungen niedriger wären, wie Sie, Herr Westerwelle, sich das offensichtlich vorstellen? Das Gegenteil ist doch der Fall: Jeder Arbeitsmarktökonom weiß, dass sinkende Lohnersatzleistungen das gesamte Tarifgefüge nach unten ziehen. Die Beschäftigten hätten dann weniger Netto vom Brutto.

Nun stellt man sich vielleicht die Frage, warum Herr Westerwelle solch einen Unsinn erzählt. Die Antwort ist einfach: Indem er auf die einschlägt, die von Regelsätzen leben müssen, lenkt er von der banalen Tatsache ab, dass die Löhne und Gehälter viel zu niedrig sind. Kein Wunder: Wenn er sich dafür einsetzen würde, dass alle Kellnerinnen einen Mindestlohn bekommen, dann gäbe es vielleicht keine Spenden mehr von der Firma Mövenpick.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Volker Kauder (CDU/CSU): Sie sind ein originaler Auftritt!)

Wir brauchen einen gesetzlichen Mindestlohn. Herr Schiewerling, an diesem Punkt hören wir nichts von Ihnen. Der Umfang der Niedriglohnbeschäftigung liegt deutlich über dem der europäischen Nachbarländer und reicht an das Niveau in den USA heran. Wir brauchen eine Bekämpfung des Missbrauchs bei der Leiharbeit. Leider konnte man sich in den letzten vier Jahren nicht entscheiden, da etwas zu tun.

(Birgit Homburger (FDP): Waren Sie da nicht in der Regierung? Ein Fall von Amnesie!)

Wir wollen auch, dass Menschen nicht mehr jede Tätigkeit unabhängig von ihrer Bezahlung annehmen müssen. Eine Arbeit soll nach unserer Auffassung nur noch dann zumutbar sein, wenn sie dem Tariflohn oder dem ortsüblichen Lohn entspricht. Auf jeden Fall darf niemand gezwungen werden, eine Tätigkeit unterhalb eines gesetzlichen Mindestlohns anzunehmen.

(Beifall bei der SPD - Alexander Ulrich (DIE LINKE): Sie von der SPD haben immer abgelehnt! Sie sind unglaubwürdig!)

Das Parlament wird die Regelsätze neu berechnen müssen. Wir brauchen aber auch und vor allen Dingen eine Strategie, die die Ursachen der Armut und der Arbeitslosigkeit bekämpft.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Das Wort erhält nun der Kollege Dr. Heinrich Kolb für die FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann den bisherigen Verlauf der Debatte - ich meine den Beitrag des Kollegen Kurth, aber auch den Beitrag der Kollegin Kramme - wirklich nur als unterirdisch bezeichnen. Es ist unglaublich, was Sie hier heute Morgen abziehen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Elke Ferner (SPD): Es ist unglaublich, was Sie abgezogen haben!)

Mit Ihren Angriffen auf den Vizekanzler versuchen Sie, davon abzulenken, dass Sie eine erhebliche Schuld an dem Desaster in Karlsruhe tragen.

(Elke Ferner (SPD): Unsinn!)

Denn es ist Ihr Gesetz, das in Karlsruhe gescheitert ist. Das muss man hier sehr deutlich sagen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Gedächtnisverlust - auch der Gesichtsverlust - der heutigen Opposition, der in Ihren Beiträgen und auch in Ihrem Antrag, Herr Kollege Kurth, zum Ausdruck kommt, ist erschreckend. Wenn Sie sagen, das geltende Recht, das in Karlsruhe kritisiert wurde, sei engherzig und kleinmütig, Herr Kurth, dann geht das doch an Ihre Adresse, und Sie können doch nicht nach dem Motto ?Haltet den Dieb, er hat mein Messer im Rücken? hier so tun, als ob Sie frei von jeder Schuld wären.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Zuruf des Abg. Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Art. 1 und Art. 20 des Grundgesetzes waren auch schon 2004 und 2005 in Kraft, Herr Kurth. Die Menschenwürde, über die Sie heute hier so ausgiebig referiert haben, war damals die gleiche wie heute.

(Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja! Ja!)

Nur, Sie haben damals andere Gestaltungsentscheidungen getroffen. Die müssen Sie sich heute vorhalten lassen. Wir lassen nicht zu, Frau Kollegin Ferner und Frau Kollegin Kramme, dass Sie sich hier aus der Verantwortung stehlen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Anette Kramme (SPD): Das tun wir auch nicht! - Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dem stellen wir uns! Keine

25.02.2010 - 11/53 - E:\0A-

SHOPS\105_unsereBRD\Berichtsquellen\Bundestag_Sitzung24_HartzIV_2010-02-25.doc

Frage! Aber wir lernen im Gegensatz zu Ihnen! - Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was ist denn mit der FDP? Wie sind denn Ihre Vorstellungen?)

Kollege Schaaf möchte eine Zwischenfrage stellen, Herr Präsident.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Wenn das zu einer gewissen Beruhigung der Aufregung führt, ist das besonders willkommen. Kollege Schaaf hat jetzt Gelegenheit, eine Zwischenfrage zu stellen.

Anton Schaaf (SPD):

Herr Kollege Kolb, ich habe den Eindruck, Sie haben die ersten beiden Reden in dieser Debatte in der Tat nicht nachvollzogen. Hier hat sich niemand aus der Verantwortung gestohlen. Wir nehmen - im Gegensatz zu Ihnen - das Urteil des Bundesverfassungsgerichts sehr ernst. Wir versuchen nicht, eine Debatte aufzumachen, wie es Ihr Vorsitzender tut,

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

der die Menschen spaltet, die in Armut leben. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Zurufe von der CDU/CSU und der FDP: Frage!)

Bei dem Vorschlag des Kollegen Kurth, die Sätze auf 420 Euro zu erhöhen - ich teile das nicht so uneingeschränkt -, hat eben Kollege Lindner dazwischengebrüllt: ?Das kostet 20 Milliarden Euro!? - Würden Sie mir recht geben, dass das in etwa deckungsgleich ist mit den Steuersenkungsversprechungen in Höhe von 19 Milliarden Euro für das nächste Jahr, die Sie gemacht haben?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Herr Kollege Schaaf, Ihre Frage gibt mir zuerst einmal Gelegenheit, etwas klarzustellen, was Kollege Kurth vorhin fälschlicherweise gesagt hat. Er hat den Generalsekretär der FDP, Christian Lindner, mit dem Fraktionskollegen Martin Lindner verwechselt.

(Elke Ferner (SPD): Das ist in der Tat eine Beleidigung für Martin Lindner!)

Ich will hier zunächst einmal ohne jeden Zweifel festhalten, Herr Kollege Schaaf: Die FDP tritt nicht für Kürzungen der Regelsätze ein.

(Beifall bei der FDP)

Das steht nicht zur Debatte.

(Anton Schaaf (SPD): Ja! Ja!)

Aber wir werben dafür, dass die Leistungen, die wir denen gewähren, die unverschuldet in Not geraten und bedürftig sind, in dem Bewusstsein in Anspruch genommen werden, dass man so schnell wie möglich wieder aus dem Transferbezug herauskommen muss. Das ist der Kern der Debatte.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - (Elke Ferner (SPD):
Gutsherrenart ist das!)

Ich bin wirklich der Meinung - ich will Ihre Frage noch weiter beantworten, Herr Kollege Schaaf -, dass wir dort auch sehr genau hinsehen müssen. Sie haben mir vorgeworfen, bei der Kollegin Kramme nicht hingehört zu haben. Ich habe hingehört. Sie hat gesagt, wir hätten in den letzten vier Jahren das Problem bei der Zeitarbeit schleifen lassen und nichts getan. Wo sind wir eigentlich? Wer hat denn bis zum Oktober letzten Jahres regiert? Wer hat denn bewusst die Entscheidung getroffen, die Zeitarbeit nicht in das Arbeitnehmer-Entsendegesetz aufzunehmen? Das waren doch Sie.

(Beifall bei der FDP)

Sie haben in dieser Zeit den federführenden Minister gestellt. Olaf Scholz hatte die Verantwortung. Und Sie haben es nicht geschafft.

(Zurufe von der SPD)

Es ist wirklich pervers, wenn Sie heute hier erklären, wir von der FDP seien diejenigen, die daran schuld sind, dass die Zeitarbeit ungeregelt geblieben ist. Es war Ihr Versagen. Das geht auch an anderer Stelle weiter.

(Beifall bei der FDP)

Wir nehmen das Urteil aus Karlsruhe sehr ernst. Der Auftrag des Gerichtes lautet, den Bedarf eines Empfängers von Arbeitslosengeld II nicht pauschal durch prozentuale Berücksichtigung von verschiedenen Bedarfsgruppen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe zu ermitteln, wie Sie es getan haben, sondern Wertungsentscheidungen zu treffen. Das ist das Entscheidende. Wir müssen als Gesetzgeber, nicht als Ordnungsgeber, Fall für Fall, Ausgabe für Ausgabe entscheiden: Das dient der Deckung des sozialen Existenzminimums und der gesellschaftlichen Teilhabe und gehört daher dazu. Darüber hinaus - -

(Abg. Anton Schaaf (SPD) nimmt wieder Platz)

- Herr Schaaf, ich versuche, Ihre Frage zu beantworten.

Präsident Dr. Norbert Lammert:

Nein, Herr Kollege Kolb. Ich bin auch nicht zum ersten Mal hier. In einem gewissen Verhältnis sollte die Dauer der Antwort nicht nur zur Dauer der Frage, sondern auch zur übrigen Redezeit stehen. Das habe ich jetzt durch Einfädung in die normale Redezeit sichergestellt.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Dr. Heinrich L. Kolb (FDP):

Dann will ich meine normale Redezeit gerne darauf verwenden, Ihnen das noch einmal zu erklären. Wir müssen diese Wertungsentscheidungen treffen. Was gehört zum physischen Existenzminimum? Das muss sowieso gewährt werden. Und was gehört darüber hinaus zum gesellschaftlichen, politischen und kulturellen Existenzminimum, also zur Teilhabe am gesellschaftlichen Leben?

(Elke Ferner (SPD): Dann sagen Sie doch mal was dazu! Was gehört nach Ihrer Auffassung dazu?)

Da haben Sie damals, wahrscheinlich aus Angst vor der Realität, gekniffen. Sie haben es mit prozentualen Abschlägen gemacht. Jetzt müssen wir das Fall für Fall entscheiden. Das werden wir tun. Wir nehmen diese Herausforderung an. Es ist keine bequeme Situation, wenn man sagen muss, dass eine bestimmte Leistung dann eben nicht mehr dazugehört. Das werden wir aber leisten.

(Elke Ferner (SPD): Da sind wir sehr gespannt!)

Ich will zum Schluss meiner Redezeit noch auf den auch hier immer wieder erhobenen Einwand zu sprechen kommen, Hartz IV, Niedriglöhne und Mindestlöhne gehören zusammen; das müsse man in einem Zusammenhang diskutieren. Die Entscheidung, einen Niedriglohnsektor in Deutschland einzuführen, hat die rot-grüne Bundesregierung seinerzeit bewusst getroffen.

(Beifall bei der FDP - Elke Ferner (SPD): Die Ihnen nicht weit genug gegangen ist! Das ist die Wahrheit!)

Heute wollen Sie mit dieser Entscheidung nichts mehr zu tun haben, Frau Ferner. Trotzdem bleibt das Ihre Verantwortung. Sie wollten es damals so. Zwar war Gerhard Schröder in Ihren Reihen nie sehr gelitten, am Ende sind Sie ihm aber gefolgt. Gerhard Schröder hat angesichts von 5 Millionen Arbeitslosen gesagt: Wir müssen auch für diejenigen, die nicht in der Lage sind, einen Stundenlohn von 8 oder 9 Euro - die Linken plädieren jetzt für 10 Euro - zu verdienen, Arbeitsangebote schaffen.

(Anette Kramme (SPD): Weshalb machen Sie dann eine Jobperspektive kaputt?)

Ich halte es auch für richtig, dass jeder das beiträgt, was er leisten kann, und der Staat dann auf ein Mindesteinkommen aufstockt, das den Bedarf vollständig abdeckt.

(Elke Ferner (SPD): Das ist staatlich sanktionierte Lohndrückerei!)

Mindestlöhne sind in dieser Situation absolut ungeeignet. Die Alleinerziehende, die 15 Stunden in der Woche arbeiten kann, kann sich mit einem Stundenlohn von 7 oder 8 Euro nicht aus dem Transferbezug lösen.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

In gleicher Weise gilt das für den Verheirateten mit zwei oder drei Kindern. Er wird sich auch mit einem Stundenlohn von 10 Euro nicht aus dem Transferbezug lösen können. Dann muss die Gesellschaft zu Recht ergänzend dazutreten und die Lücke auffüllen. Dies ist die Systematik. Das hielten Sie damals für richtig. Wir halten es heute weiterhin für richtig. So wird ein Schuh daraus.

(Ulrich Kelber (SPD): Machen Sie doch einmal einen konkreten Vorschlag!)

Sie dürfen sich nicht wundern, dass die Löhne auch tatsächlich gesunken sind, wenn Sie an eine Volkswirtschaft einen Niedriglohnsektor anflanschen. In Ihren Beiträgen wird immer der Eindruck erweckt, die Unternehmerschaft in Deutschland hätte flächendeckend nichts anderes zu tun, als die Löhne ihrer Beschäftigten zu drücken. Das entspricht wirklich nicht der Realität. Damit wird man auch nicht den Unternehmen und Unternehmern gerecht, die in

der schwierigsten Wirtschaftskrise unseres Landes große Anstrengungen unternehmen, um die Beschäftigung in ihren Betrieben zu erhalten.

(Beifall bei der FDP - Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Schlecker lässt grüßen!
Schlecker ist überall!)

Nachdem ich doch einen Teil meiner Redezeit für die Beantwortung der Frage des Kollegen Schaaf einsetzen musste, Herr Präsident - der Präsident hat gewechselt -, bin ich nun auch am Ende meiner Ausführungen angekommen.

(Elke Ferner (SPD): Jetzt gibt es aber nichts mehr! - Iris Gleicke (SPD): Jetzt kann er nicht noch mal von vorn!)

Ich glaube, dass uns diese Debatte noch weiter beschäftigen wird, und zwar aus guten Gründen; denn die vom Vizekanzler und Vorsitzenden der FDP in die Mitte der Gesellschaft gerückte Frage der Balance zwischen den Leistungen, die wir gewähren, und den Belastungen derjenigen, die diese Leistungen finanzieren, wird in diesem Hause sicherlich noch öfter zur Sprache kommen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Klaus Ernst von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Klaus Ernst (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das Grundproblem der Hartz-Gesetze liegt darin, dass sie von Annahmen ausgehen, die nicht haltbar sind.

(Elke Ferner (SPD): Ja!)

Die erste Annahme der Hartz-Gesetze war und ist, dass die Menschen nicht arbeiten wollen. Dem entspricht auch die eine oder andere Einlassung des Außenministers, von dem man nicht mehr weiß, ob er Arbeits- und Sozialminister werden will. Ich sage Ihnen: Alle Praxis zeigt, dass sich die Menschen bemühen, oft über das erträgliche Maß hinaus, einen Job zu finden. Sie jetzt zu verunglimpfen, indem man sagt, sie wollten gar nicht arbeiten und man müsse sie zur Arbeit zwingen, das ist ein Skandal.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Die zweite Grundannahme der Hartz-Gesetze ist, dass die Löhne zu hoch sind. Ein Ziel der Hartz-Gesetze besteht deshalb darin, die Löhne zu senken; das war und ist der Sinn von Hartz. Das ist Ihnen leider auch gelungen; schauen Sie sich die Lohnquote in diesem Land an. Herr Kolb, ob die Unternehmerschaft dies bewusst oder unbewusst macht, möchte ich außen vor lassen. Fakt ist, dass die Löhne in diesem Land, insbesondere die Niedriglöhne, gesunken sind, auch im Aufschwung. Das ist ein Skandal.

(Beifall bei der LINKEN)

Meine Damen und Herren, alle Hartz-Parteien - da möchte ich keine ausnehmen - haben vom Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe eine Ohrfeige gekriegt, die man bis nach Berlin gehört hat.

(Beifall bei der LINKEN)

Hinterher - ich habe ja gedacht, mich tritt ein Pferd - stellten sich Vertreter aller Parteien hin und sagten: Das Urteil ist klasse, wir begrüßen es. - Ich frage mich: Ist das eine Form von kollektivem Masochismus?

(Heiterkeit bei der LINKEN)

In diesem Urteil wurde Ihnen bescheinigt, dass Sie ein verfassungswidriges Gesetz verabschiedet haben, und dabei geht es nicht um Randnotizen. Der eine oder andere, der sich jetzt aus der Verantwortung stehlen will, war übrigens im Vermittlungsausschuss dabei. Fakt ist, dass der Kern dieses Gesetzes, nämlich die Antwort auf die Frage: ?Wie viel Geld gibt es??. verfassungswidrig ist, nicht eine Randnotiz. Das müssen wir ändern.

(Beifall bei der LINKEN - Karl Schiewerling (CDU/CSU): Das ist nicht der Kern des Gesetzes!)

- Doch,

(Karl Schiewerling (CDU/CSU): Nein!)

der Kern des Gesetzes ist die Antwort auf die Frage: Wie viel Geld wird gezahlt? Wenn das Bundesverfassungsgericht feststellt, dass die Sätze falsch berechnet sind, dann haben wir den Punkt erreicht, dass das soziokulturelle Existenzminimum nicht gewährt wird.

(Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU): Das steht doch gar nicht im Gesetz!)

Wenn Sie das Urteil genau lesen, stellen Sie fest, dass Sie einige Dinge sofort zu ändern haben. Sie regieren nämlich gerade.

(Beifall bei der LINKEN - Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU): Haben Sie mal das Sozialgesetzbuch II gelesen? - Karl Schiewerling (CDU/CSU): Das Gesetz ist nicht verfassungswidrig, sondern nur ein Teil! -Volker Kauder (CDU/CSU): Gut, dass Sie wenigstens das wissen!)

Sie haben jetzt die Möglichkeit, tatsächlich Korrekturen vorzunehmen; dazu haben wir einen Antrag vorgelegt. Stattdessen höre ich aber etwas ganz anderes. Ich höre, dass der Außenminister dieses Landes dieses Urteil offensichtlich ignorieren will. Statt die Hausaufgaben zu machen, wird auf Arbeitslose und Niedriglöhner mehr oder weniger eingepregelt, und sie werden gegeneinander aufgehetzt. Herr Westerwelle, vielleicht habe ich an dieser Stelle in der Schule nicht gut aufgepasst,

(Jörg van Essen (FDP): Ja! Das denke ich auch! - Pascal Kober (FDP): Sehr gut möglich!)

aber ich sage Ihnen: Im alten Rom waren es nicht die Sklaven, nicht die Unfreien und auch nicht die unteren Schichten der Gesellschaft, die in Dekadenz gelebt haben, sondern es war die politische und wirtschaftliche Führung.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe den Eindruck, heute ist es wieder so.

Herr Westerwelle, Leistungsverweigerer leben in Deutschland nicht von Hartz IV. Die Kontrolle des Kontostands und die Entscheidung, wie viel Geld ins Ausland transferiert wird, ist keine besondere Leistung.

(Elke Ferner (SPD): Richtig!)

Deshalb sage ich Ihnen: Die Leistungsverweigerer in diesem Land sind die Steuerhinterzieher und die Spekulanten

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

und nicht Leute, die im Hartz-Bezug sind.

(Elke Ferner (SPD): Wo er recht hat, hat er recht!)

Weil ich gehört habe, dass überlegt wird, ob man in Zukunft Gutscheine an Hartz-IV-Bezieher ausgibt, rate ich Ihnen, Herr Westerwelle, künftig die Boni von Bankern in Gutscheinen auszugeben.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der LINKEN und der SPD)

Dann würde das Geld wenigstens wieder in den Wirtschaftskreislauf fließen und würde nicht verspekuliert werden.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Meine Damen und Herren, statt Hartz wollen wir eine wirklich repressionsfreie und bedarfsorientierte Grundsicherung.

Da momentan auch darüber diskutiert wird, ob 'Hartz' der richtige Name für diese Gesetze ist, sage ich Ihnen: Ja, selbstverständlich ist 'Hartz' der richtige Name. Hartz hat sich nicht an die Gesetze gehalten, und die Hartz-Gesetze sind grundgesetzwidrig. Das ist doch eine schöne Parallele, oder nicht?

(Beifall bei der LINKEN - Karl Schiewerling (CDU/CSU): Sie sind nicht grundgesetzwidrig!)

Meine Damen und Herren, die Menschen haben ein Problem, nämlich dass sie keinen Job finden. Dieses Problem nimmt angesichts der Krise noch zu. Leider höre ich von Ihnen keine Vorschläge, wie man das ändern kann. Wir wollen - das ist der erste wichtige Punkt -, dass ein Zukunftsprogramm für Arbeitsplätze aufgelegt wird. Zweitens wollen wir, dass endlich ein Mindestlohn eingeführt wird.

In der Welt vom 12. Februar 2010 liest man von Herrn Westerwelle die Aussage, zunehmend seien die, die Arbeit haben, die 'Deppen der Nation', weil es sich auch ohne Arbeit gut leben lasse. Herr Westerwelle, Sie machen die Arbeitnehmer zu Deppen der Nation. Ihre Partei ist es nämlich, die den Arbeitnehmern den Mindestlohn verweigert. Das ist der eigentliche Skandal in dieser Gesellschaft.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Wir wollen, dass das Arbeitslosengeld I länger gezahlt wird. Wir wollen eine Mindestsicherung, das heißt 500 Euro Regelleistung plus Kosten der Unterkunft. Dann sind

25.02.2010 - 17/53 - E:\0A-

SHOPS\105_unsereBRD\Berichtsquellen\Bundestag_Sitzung24_HartzIV_2010-02-25.doc

wir auch im Hinblick auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts auf der sicheren Seite. Und wir wollen, dass das Ganze sanktionsfrei abläuft.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich über alle, die sich von dem, was sie gemacht haben, distanzieren; ich freue mich, wenn sich die Einsicht weiter verbreitet. Sie haben heute die Möglichkeit, diesen Fehler ein Stück weit zu korrigieren. Wir brauchen eine Mindestsicherung, die verfassungskonform ist und die den Menschen die Angst vor der Arbeitslosigkeit nimmt. Ein Ziel der geltenden Gesetzgebung ist es nämlich, den Menschen so viel Angst vor Arbeitslosigkeit zu machen, dass sie Arbeit annehmen, egal wie diese bezahlt wird. Das müssen wir verhindern, alle miteinander.

(Anhaltender Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Paul Lehrieder von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP - Stefan Müller (Erlangen)
(CDU/CSU): Jetzt kehrt Niveau in die Debatte zurück!)

Paul Lehrieder (CDU/CSU):

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Ich bin gerade von meinen Fraktionskollegen gebeten worden, nicht so laut zu schreien wie mein Vorredner. Das werde ich auch nicht tun.

Ich bin betrübt über den Gang dieser Diskussion. Die Probleme der Betroffenen rechtfertigen, dass wir gemeinsam versuchen, uns zusammenzuraufen und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts konstruktiv zu bewerten.

Was höre ich von der Opposition? Nur Polemik. Lieber Kollege Ernst, Sie haben das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht gelesen, oder Sie haben es gelesen, es aber nicht verstanden. Sie proklamieren hier ein bedingungsloses Grundeinkommen bzw. einen Mindestsatz von 500 Euro. 500 Euro? steht nirgendwo im Gesetz. Sie würden mit dem, was Sie in Ihrem Antrag fordern, genau denselben Fehler machen, den das Bundesverfassungsgericht moniert hat: dass die Sätze pauschal, ohne detaillierte Berechnung festgelegt wurden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Lieber Kollege Ernst, es ist nicht schlimm, wenn man Fehler macht; aber wenn man Fehler, die man als solche erkannt hat, wiederholt, dann ist das bedenklich. Herr Ernst, Sie kommen aus Schweinfurt; das ist nicht weit weg von Würzburg. Wir können uns gerne einmal unterhalten; vielleicht kann ich Ihr Wissen in dieser Richtung dann etwas mehr.

Meine Damen und Herren, auch Ihre Behauptung, dass Hartz IV von der falschen Voraussetzung ausgehe, dass die Menschen grundsätzlich nicht arbeiten wollten, stimmt nicht. In dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts wurde dargestellt - ich darf mit geneigter Erlaubnis des Präsidenten zitieren -:

Das Leistungskonzept des Sozialgesetzbuchs Zweites Buch sei in Übereinstimmung mit Art. 1 Abs. 1 GG auf Eigenverantwortung durch Einsatz der Erwerbsfähigkeit orientiert mit dem Ziel, dem Hilfebedürftigen schnell zur Sicherung seiner eigenen Existenz zu verhelfen. Ein Pauschbetrag fördere die Eigenverantwortung bei der Verwendung der Sozialleistung.

25.02.2010 - 18/53 - E:\0A-

SHOPS\105_unsereBRD\Berichtsquellen\Bundestag_Sitzung24_HartzIV_2010-02-25.doc

Das heißt, in seinem Urteil hat das Bundesverfassungsgericht etwas von Hilfe zur Selbsthilfe geschrieben, nicht aber davon, zu alimentieren und ein bedingungsloses Grundeinkommen zu gewähren, ohne Eigenverantwortung zu fordern. Es ist doch völlig richtig: Hartz IV zeichnet sich aus durch Fordern und Fördern. Genau dies steht in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Frau Kollegin Kramme, Sie sind heute erst nach etlichen Minuten zu Ihrem Lieblingsthema Mindestlohn gelangt. Dazu hat der Kollege Kolb schon Richtungsweisendes gesagt; ich möchte es nicht noch einmal wiederholen. Auch bei einem Mindestlohn - egal ob 7,50 Euro, 8,50 Euro oder, das ist die aktuelle Höhe, die die Linkspartei fordert, 10 Euro - wird eine teilzeitbeschäftigte Frau von ihrem Erwerbseinkommen nicht leben können; das gilt auch für eine Familie mit mehreren Kindern. Man muss eins und eins zusammenzählen; die Grundrechenarten sind mit den Sozialleistungen durchaus vereinbar.

Kollege Kurth, ich kenne Sie als seriösen, ernsthaften Sozialpolitiker der Grünen. Umso enttäuschter war ich, dass Sie sich nach dem Motto verhalten haben: Haltet den Dieb! Hier ist Hartz IV; wir können nichts dafür! -

(Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat er doch gar nicht!)

Sie sind doch gemeinsam mit der SPD die Väter des Hartz-IV-Gesetzes.

(Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das wurde doch deutlich gesagt!)

Wir haben als Pate mitgewirkt. Es bedarf aber keines Vaterschaftstestes, um zu wissen, wer die Autoren des Hartz-IV-Gesetzes sind.

(Britta Haßelmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Peinlich! Fragen Sie mal Seehofer!)

Darum wäre es gut, wenn man nicht nur sagen würde: Dass für Kinder 60 Prozent des Hartz-IV-Satzes eines Alleinstehenden bzw. Singles vorgesehen sind, ist ein Skandal. - Lassen Sie uns konstruktiv daran arbeiten, dass wir richtige und gerechte Kinderbedarfssätze erreichen!

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Lehrieder, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Kipping?

Paul Lehrieder (CDU/CSU):

Natürlich, liebe Kollegin, liebe Frau Ausschussvorsitzende.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte, Frau Kipping.

Katja Kipping (DIE LINKE):

Lieber Herr Lehrieder, Sie haben meinem Kollegen Klaus Ernst vorgeworfen, dass er sich für das bedingungslose Grundeinkommen ausgesprochen hat. Ich als bekennende und glühende Verfechterin der wunderbaren Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens möchte Sie fragen, ob Sie zur Kenntnis genommen haben, dass in unserer Partei sehr heftig über diese Idee gestritten wurde,

25.02.2010 - 19/53 - E:\0A-

SHOPs\105_unsereBRD\Berichtsquellen\Bundestag_Sitzung24_HartzIV_2010-02-25.doc

(Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU): Ja, nicht nur darüber!)

dass bisher ein Konsens über eine sanktionsfreie Mindestsicherung erzielt worden ist, dass sich der Kollege Ernst zu meinem großen Bedauern - das muss ich hinzufügen - aber strikt gegen die Idee eines bedingungslosen Grundeinkommens ausgesprochen hat.

(Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU): Wollt ihr ihn zum Vorsitzenden machen? - Stefan Müller (Erlangen) (CDU/CSU): Ich würde ihn nicht zum Vorsitzenden machen! - Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Ihr macht wieder Wahlkampf in den Reden!)

Paul Lehrieder (CDU/CSU):

Liebe Kollegin Kipping, das ehrt den Kollegen Ernst sogar einmal.

In Ihrem Antrag auf Drucksache [17/659](#) - -

(Abg. Katja Kipping (DIE LINKE) nimmt Platz)

- Bleiben Sie stehen.

(Katja Kipping (DIE LINKE): Ach, Sie antworten noch?)

- Ich bin noch bei der Antwort. So kurz ist meine Antwort selten, Frau Kollegin Kipping. - In Ihrem Antrag auf Drucksache [17/659](#) - im Übrigen datiert auf den 10. Februar 2010; ich habe gedacht, Sie haben ihn schon vor dem Urteil geschrieben - schreiben Sie:

Die Regelleistung für Erwachsene im Mindestsicherungsbezug ist auf 500 Euro pro Monat festzulegen. Die Regelleistung ist jährlich zumindest in dem Maße anzuheben, wie die Lebenshaltungskosten steigen.

Das habe ich gegenüber dem bedingungslosen Grundeinkommen eben ein Stück weit nicht sauber genug getrennt; das gebe ich zu. Es spricht für den Kollegen Ernst, wenn er gegen das bedingungslose Grundeinkommen ist.

Wir diskutieren auch darüber - ich denke an den früheren thüringischen Ministerpräsidenten, Herrn Althaus -, ob das der richtige Weg ist, ob wir das machen können oder ob das die Entwicklung von Motivation und Antrieb von erwerbsfähigen Personen verhindert. Darüber müssen wir nachdenken. Wir sind für eine Diskussion hier und im Ausschuss durchaus aufgeschlossen.

Wir werden Hartz IV fortentwickeln. Hartz IV ist ein lernendes System. - Ich bin mit meiner Antwort auf Ihre Frage fertig. Wenn Sie wollen, dürfen Sie sich setzen. - Das Bundesverfassungsgericht hat im selben Urteil ausgeführt:

Schließlich treffe den Gesetzgeber entsprechend dem Gedanken eines ?lernenden Systems? eine Beobachtungs- und Nachbesserungspflicht.

Genau dieser Pflicht lassen Sie uns bitte schön gemeinsam nachkommen.

Wir haben in dieser Woche bereits damit begonnen. Wir werden versuchen, das Sozialversicherungsstabilisierungsgesetz möglichst zeitnah auf den Weg zu bringen. Außergewöhnliche Sonderbedarfe werden ab sofort berücksichtigt. Sehr viele von der Grundsicherung betroffene Mitbürgerinnen und Mitbürger stellen schon zuhauf Anträge, weil sie der Auffassung sind, dass sie einen Anspruch darauf haben. Wir müssen regeln, was
25.02.2010 - 20/53 - E:\0A-
SHOPS\105_unsereBRD\Berichtsquellen\Bundestag_Sitzung24_HartzIV_2010-02-25.doc

unter Sonderbedarfe zu verstehen ist und was nicht; eine Positivliste ist in Vorbereitung. Dies soll im Gesetzgebungsverfahren für das Sozialversicherungsstabilisierungsgesetz in den nächsten Wochen auf den Weg gebracht werden, um die Forderung des Bundesverfassungsgerichts möglichst zeitnah umzusetzen.

Für die anderen Themen, insbesondere für die Berechnung der Kinderbedarfssätze, biete ich ausdrücklich konstruktive Gespräche sowohl im Ausschuss als auch in den Arbeitsgruppen an. Lieber Herr Kurth, das Thema ist einfach zu ernst, als dass wir uns darüber klamaukartig auf die Köpfe hauen sollten. Wir sollten stattdessen konstruktiv arbeiten, schauen, wie es weitergeht und was wir an Hartz IV verbessern können. Wir sollten nicht nur so handeln wie die Linkspartei, die schreibt: Hartz IV ist nichts, es ist abzuschaffen.

Meine Damen und Herren, Hartz IV ist fortzuentwickeln; denn es ist durchaus geeignet - das wurde in den letzten Jahren bewiesen -, Mitbürgerinnen und Mitbürger, die früher nicht vermittelt werden konnten, wieder in Arbeit zu vermitteln.

Wir wissen nicht, wie lang die Krise noch dauert.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Lehrieder, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage, und zwar des Kollegen Schaaf?

Paul Lehrieder (CDU/CSU):

Ja, bitte.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte.

Anton Schaaf (SPD):

Herr Kollege Lehrieder, Sie haben jetzt zum zweiten Mal in Ihrer Rede gesagt, dass wir die Schärfe aus der Debatte nehmen sollten. Ich gebe Ihnen ausdrücklich recht, dass man das tun sollte. Man sollte das aber von Anfang an machen. Der Bundesaußenminister und nicht die Opposition in diesem Hause hat die Schärfe in die Debatte hineingebracht. Das wollte ich einmal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich habe aber eine Frage. Ich kenne und schätze Sie als engagierten Sozialpolitiker.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie sind stellvertretender Vorsitzender Ihrer örtlichen CSA, der Arbeitnehmerbewegung innerhalb der Union. Das ist auch gut so.

Heute Morgen habe ich eine Tickermeldung über die KAB, die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung, auf den Tisch bekommen, die sich mit der Debatte um Hartz IV beschäftigt. Ich will Sie um Ihre Meinung dazu fragen. In der Tickermeldung wird die KAB zitiert, noch immer sei die FDP eine Lobbyistenpartei für Besserverdienende. Herr Westerwelle habe ?Stammtischgeplappere? betrieben. Wörtlich heißt es weiter:

25.02.2010 - 21/53 - E:\0A-

SHOPS\105_unsereBRD\Berichtsquellen\Bundestag_Sitzung24_HartzIV_2010-02-25.doc

Die KAB sprach von zum Teil unerträglichen Verunglimpfungen in der Diskussion um Bezieher von Hartz IV. Sie appellierte an die Politik, diese Debatte zu beenden ...

Stimmen Sie der KAB zu?

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Paul Lehrieder (CDU/CSU):

Lieber Kollege Schaaf, genau wie bei der SPD ist auch bei der Union die Meinungsfreiheit ein hohes Gut, das daher völlig zu Recht im Grundgesetz verankert ist. Ich kenne meine KAB in Würzburg sehr gut und bin regelmäßig mit ihr im Gespräch.

(Christian Lange (Backnang) (SPD): Ja oder nein?)

Ich werde der KAB weder eine Meinung vorschreiben noch eine Meinung der KAB hier öffentlich kritisieren.

(Anette Kramme (SPD): Das ist ja auch nicht gefordert! Ja oder nein?)

Ich sage meinen Leuten, dass ich es anders sehe; das ist okay.

Lassen Sie uns die Diskussion kollegial führen, wie wir es auch sonst tun. Wenn Verbände den Vizekanzler öffentlich kritisieren, dann ist das ihr gutes Recht.

(Christian Lange (Backnang) (SPD): Das finde ich auch!)

Auch das gehört zur Demokratie. Das hält die Demokratie aus. Das hält auch Guido Westerwelle aus. Da brauchen Sie keine Angst zu haben. Ich brauche ihn nicht in Schutz zu nehmen. Ich werde eine scharfe Rede des Bundesaußenministers nicht mit der Heftigkeit abwürgen, wie Sie es versuchen. Lassen Sie ihn das sagen, was er für richtig hält.

Lassen Sie uns auf der Ebene, auf der wir miteinander reden, lieber Kollege Schaaf, die Schärfe herausnehmen.

(Zurufe von der SPD: Ja oder nein?)

Dann haben wir für die Betroffenen etwas Gutes getan. In diese Richtung soll es weitergehen.

Das Wesentliche dazu ist gesagt. Es folgen noch einige Redner aus unserer Fraktion, die zu dem Thema ergänzend sprechen werden. Lassen Sie uns die nächsten Wochen und Monate nutzen, liebe Kollegen von der Opposition, etwas Gescheites daraus zu machen, um das etwas aus dem Ruder gelaufene ?Kind? SGB II bzw. Hartz IV wieder auf die richtige Bahn zu bringen und für die Betroffenen richtungsweisende, korrekte und gute Entscheidungen für die nächsten Jahre zu treffen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Kollegin Gabriele Hiller-Ohm von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Gabriele Hiller-Ohm (SPD):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schön, dass die Regierungsbank heute nicht wieder gähnend leer ist wie in der letzten Sitzungswoche bei diesem so wichtigen Thema. Herr Minister Westerwelle hat die Debatte um die Grundsicherung der Menschen in Deutschland lieber außerhalb des Plenums geführt.

Deutschland hat keinen Vizekanzler verdient, der arbeitslosen Menschen spätromische Dekadenz unterstellt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN - Zuruf von der FDP: Das hat er doch gar nicht!)

Viele der langzeitarbeitslosen Menschen finden trotz großer Anstrengungen keine Arbeit. Es sind vor allem die 650 000 alleinerziehenden Frauen, die schlechte Perspektiven auf dem Arbeitsmarkt haben. Betreuungsangebote für Kinder fehlen, und oft sind die Jobs nicht so ausgerichtet, dass Beruf und Kinder miteinander vereinbar sind.

Die FDP will sich jetzt für eine Balance des Sozialstaates einsetzen, wie Fraktionschefin Birgit Homburger erklärt hat. Diese Balance ist bei der FDP mächtig ins Rutschen geraten. Warum müsste FDP-Chef Westerwelle sonst so lautstark Hartz-IV-Empfänger zur Schnee- und Eisbeseitigung anfordern?

(Dr. Martin Lindner (Berlin) (FDP): Die SPD-Fraktion hätte gereicht!)

So viele Hartz-IV-Empfänger gibt es in Deutschland gar nicht, um die soziale Schieflage der FDP geradezuschippen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Paul Lehrieder (CDU/CSU): Die SPD-Fraktion hätte zum Schneeschippen ausgereicht!)

Das Bundesverfassungsgericht hat die Bundesregierung verdonnert, sehr schnell, nämlich bis zum 31. Dezember dieses Jahres, verfassungsfeste Regelsätze für die Grundsicherung auf die Beine zu stellen. Darum geht es heute, Herr Kolb. Außergewöhnliche Sonderbedarfe sollen langzeitarbeitslose Menschen und deren Kinder sofort erhalten, urteilte das Bundesverfassungsgericht. Was macht die Bundesregierung? Sie verfasst mit den Agenturen ganz schnell eine Liste mit genehmigungsfähigen Sonderbedarfen für die Argen.

(Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU): Das hat sie doch gut gemacht!)

Leider ist diese Liste mit gerade mal vier Punkten ziemlich kurz geraten. Sie wird weder den Bedürfnissen der betroffenen Menschen noch dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes gerecht. Ein sinnvolles parlamentarisches Verfahren dazu gibt es nicht. Minister Rösler will die verschreibungsfreien Arzneimittel jetzt wieder von der Härtefallliste streichen.

Meine Damen und Herren von der CDU/CSU und der FDP, es ist ein Skandal, dass Sie eine Selbstbefassung mit diesem so wichtigen Thema gestern im Ausschuss für Arbeit und Soziales abgelehnt haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

25.02.2010 - 23/53 - E:\0A-

SHOPS\105_unsereBRD\Berichtsquellen\Bundestag_Sitzung24_HartzIV_2010-02-25.doc

Es kann doch nicht sein, dass ausschließlich vom Ministerium definiert und festgelegt wird, was ein Härtefall ist und was nicht. Warum, Frau Ministerin von der Leyen, ziehen Sie nicht wenigstens den Sachverstand von Experten aus Wissenschaft sowie Sozial- und Wohlfahrtsverbänden heran? Diese können Ihnen genau sagen, was alles auf die Härtefallliste gehört.

Externen Sachverstand sollten Sie sich auch bei der Überarbeitung der Regelsätze einholen. Die Kolleginnen und Kollegen der Fraktion von Bündnis 90/Die Grünen fordern hierfür die Einsetzung einer Kommission. Wir unterstützen das und haben diese Forderung auch in unseren Antrag aufgenommen, den wir in der nächsten Sitzungswoche vorlegen werden.

(Volker Kauder (CDU/CSU): Sehr gut!)

Leider werden viele wichtige Aspekte der Grundsicherung im Antrag der Grünen gänzlich ausgeblendet. Wenn man über Regelsätze spricht, muss man immer auch Strategien zur Vermeidung von Armut diskutieren. Dazu gehören gute Arbeit, faire Arbeitsbedingungen, Mindestlohn, Bildung. Leider lesen wir dazu in Ihrem Antrag nichts.

Die Kolleginnen und Kollegen der Linken sind da gründlicher. Sie haben in ihrem Antrag fast nichts ausgelassen, was sie für Bezieherinnen und Bezieher von Grundsicherung alles verbessern wollen. Genau wie die Grünen wollen auch sie die Regelsätze unabhängig von einer grundlegenden Neuberechnung erst einmal kräftig erhöhen. Ob das aber in Einklang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu bringen ist, wage ich zu bezweifeln; denn gerade das Ins-Blaue-Hinein, das Pi-mal-Daumen-Prinzip ist es doch, was von den obersten Richtern bemängelt wurde.

(Paul Lehrieder (CDU/CSU): Völlig richtig!)

Natürlich müssen die Regelsätze angehoben werden, besonders die für Kinder, aber auf verfassungsfester Grundlage.

(Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU): Richtig!)

Auch die Grundsicherung für Asylbewerberinnen und Asylbewerber muss reformiert werden, und zwar dringend. Diese Menschen erhalten weniger als zwei Drittel des Sozialhilfeniveaus. Seit 1993, also seit 17 Jahren, wurden die Leistungen nicht angehoben. Selbst eine geringe Anhebung, die die rot-grüne Bundesregierung 2001 umsetzen wollte, ist am Widerstand der schwarz-gelb regierten Bundesländer gescheitert. Im Zuge der Reform der Regelsatzbemessung muss auch das Asylbewerberleistungsgesetz angepackt werden. Ich hoffe, mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Rücken kommen wir auch hier endlich ein Stück voran.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Guido Westerwelle.

(Beifall bei der FDP)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Kolleginnen und Kollegen!

25.02.2010 - 24/53 - E:\0A-

SHOPs\105_unsereBRD\Berichtsquellen\Bundestag_Sitzung24_HartzIV_2010-02-25.doc

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ist die Koalition denn schon zu Ende, dass Sie als Abgeordneter reden? - Christian Lange (Backnang) (SPD): Sind Sie schon als Vizekanzler zurückgetreten? - Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Rücktritt! Neuwahlen!)

Ich möchte mit ein paar kurzen Bemerkungen etwas zur Debatte beitragen, da ich mehrfach angesprochen worden bin.

Erstens. Als das Bundesverfassungsgericht entschieden hat, habe ich mitnichten das Bundesverfassungsgericht und seine Entscheidung und vor allen Dingen auch nicht diejenigen kritisiert, die ein schweres Schicksal haben.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Als was reden Sie eigentlich?)

Was ich kritisiert habe, sind die Debattenbeiträge, die am Tag nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts erfolgt sind.

(Beifall bei der FDP)

Die Tinte unter der Urteilsverkündung war noch nicht getrocknet, da haben Sie aus den Oppositionsfraktionen erklärt,

(Alexander Ulrich (DIE LINKE): Da haben Sie zur Spaltung aufgerufen!)

jetzt habe sich das Thema der Entlastung der Bezieher kleinerer und mittlerer Einkommen erledigt.

(Elke Ferner (SPD): Ach so! Es geht um die Steuerreform!)

Ich habe darauf aufmerksam gemacht, dass das aus unserer Sicht ein Fehler ist, weil man alles, was man verteilen möchte, erst einmal erwirtschaften muss. Dabei bleibe ich auch.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Ich bleibe auch dabei: Wenn man nach einem solchen Urteil nur noch über die Verteilungsgerechtigkeit spricht und nicht mehr über die Leistungsgerechtigkeit, dann macht man einen Fehler in der Debatte.

(Alexander Ulrich (DIE LINKE): Mindestlohn einführen!)

Leistung muss sich lohnen, und wer arbeitet, muss mehr als derjenige haben, der nicht arbeitet. Das werde ich heute sagen und auch morgen noch.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Zweitens. Auf die Frage, was praktisch in der Politik folgt, antworte ich:

(Alexander Ulrich (DIE LINKE): Dann müssen Sie den Mindestlohn einführen! Spalter!)

Wir haben in der Koalition längst etwas vereinbart, was in der alten Koalition aufgrund des anhaltenden Widerstands der Sozialdemokratie nicht möglich gewesen ist, nämlich dass beispielsweise die Hinzuverdienstmöglichkeiten ausgebaut werden, damit es Brücken zurück in die Arbeitswelt geben kann.

(Dr. Axel Troost (DIE LINKE): Kombilohnmodell!)

Wir haben im Sinne der Leistungsgerechtigkeit in dieser Koalition auch vereinbart und auf den Weg gebracht, dass das Schonvermögen für Hartz-IV-Empfänger, das von Ihnen auf 250 Euro pro Lebensjahr festgesetzt worden ist, verdreifacht wird,

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

weil wir der Überzeugung sind, dass zur Leistungsgerechtigkeit auch zählt, dass derjenige, der ein Leben lang vorgesorgt hat und dann einen Schicksalsschlag erleidet, nicht alles abgeben muss.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was gilt denn jetzt?)

So viel soziale Sensibilität haben Sie in den gesamten elf Jahren nicht gezeigt wie wir in den ersten Monaten unserer neuen Regierung.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Christian Lange (Backnang) (SPD): Da lacht ja ganz Deutschland!)

Drittens. Die Arbeitsministerin Frau von der Leyen hat die volle Unterstützung der Koalition;

(Christian Lange (Backnang) (SPD): Sie auch?)

denn genau das, was ich hier gesagt habe, steht auch im Koalitionsvertrag. Wir fordern Sie auf, der Erhöhung des Schonvermögens zuzustimmen; denn eines wollen wir, um der geschichtlichen Wahrheit die Ehre zu geben, unterstreichen: Diese Gesetze wurden von der SPD und den Grünen verabschiedet. Sie haben verfassungswidrige Gesetze beschlossen. Wir haben heute mit den Problemen fertigzuwerden, die Sie uns hinterlassen haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Westerwelle, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Ernst?

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Bitte sehr, Herr Kollege.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Herr Ernst.

Klaus Ernst (DIE LINKE):

Herr Abgeordneter Westerwelle, -

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Herr Kollege Ernst.

Klaus Ernst (DIE LINKE):

25.02.2010 - 26/53 - E:\0A-

SHOPS\105_unsereBRD\Berichtsquellen\Bundestag_Sitzung24_HartzIV_2010-02-25.doc

- Ihren Gedanken, dass sich Leistung lohnen muss, teilen wir vollkommen. Sind Sie der Auffassung, dass sich die Leistung einer Floristin in Sachsen-Anhalt, die für eine Vollzeitbeschäftigung 4,50 Euro in der Stunde bekommt und von diesem Lohn leben soll, lohnt? Sind Sie der Auffassung, dass sich die Leistung der Menschen, die zum Beispiel im Kraftfahrzeughandwerk in Schleswig-Holstein arbeiten, wo in der untersten Lohngruppe um die 7 Euro verdient werden, lohnt? Sind Sie mit mir der Auffassung, dass wir, wenn sich die Leistung der Menschen lohnen soll, durch einen gesetzlichen Mindestlohn Vorsorge dafür treffen müssen, dass sich die Leistung nicht mehr nur für die Couponschneider lohnt, sondern auch für diejenigen, die richtige Arbeit leisten?

(Beifall bei der LINKEN - Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Wie ist das mit der Tarifautonomie, Herr Ernst?)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Wenn Sie, Herr Kollege Ernst, das, was ich zu diesem Thema gesagt und geschrieben habe, in vollem Umfange wahrgenommen hätten, und nicht nur das gehört hätten, was Sie hören wollten, um daraus einen parteipolitischen Vorteil zu ziehen, dann hätten Sie drei Punkte meinen Veröffentlichungen entnehmen können.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was machen Sie denn da? Als Außenminister eine Abgeordnetenrede zu halten, ist doch peinlich! Kurz vor dem Ende!)

Erstens. Die OECD hat uns gerade vor wenigen Tagen bescheinigt, dass sich in Deutschland die Aufnahme von Arbeit oft genug deshalb nicht lohnt, weil der Steuer- und Abgabenstaat zu früh und zu kräftig zulant.

(Beifall bei der FDP - Klaus Ernst (DIE LINKE): Bei 4,50 Euro zahlen die keine Steuern! 4,50 Euro sind steuerfrei! Die zahlen keine Steuern, Herr Westerwelle!)

- Herr Kollege, Sie haben mir eine Frage gestellt. Bevor Sie eine Attacke bekommen und umfallen,

(Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Ne, der ist robust!)

hören Sie doch einen Augenblick zu! - Wir in der Koalition haben deshalb vereinbart, dass die Familien gleich am Anfang entlastet werden. Wir haben die Kinderfreibeträge erhöht, und wir haben das Kindergeld erhöht. Das ist ein wichtiger Beitrag zur sozialen Gerechtigkeit, von dieser Koalition beschlossen.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU - Elke Ferner (SPD): Davon profitieren doch die oberen Einkommen! - Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Möwenpick-Partei!)

Zweitens. Was die Frage der Mindestlöhne angeht: Herr Kollege, die Koalition hat bereits im Dezember vereinbart, dass branchenspezifische Mindestlöhne, wenn sie einvernehmlich im Tarifausschuss beantragt werden,

(Zuruf von der LINKEN: Hungerlöhne!)

selbstverständlich genehmigt und eingeführt werden können. Wogegen wir uns wehren, ist, dass wir für die gesamte Republik einen einheitlichen Mindestlohn festsetzen, unter Verkennung der völlig unterschiedlichen Lebensverhältnisse. Es geht nicht um die Frage, ob es in bestimmten Branchen einen Mindestlohn geben kann; das haben wir längst in der

Koalition vereinbart. Es geht um Folgendes: Es ist ein Fehler, die Arbeitslosigkeit, gerade die Jugendarbeitslosigkeit, hochzutreiben,

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Dann treiben Sie doch mal die Jobs hoch, anstatt sich als MdB zu verstecken! Sie sind doch Vizekanzler! Tun Sie doch mal was für die Jobs!)

indem man für ganz Deutschland einen flächendeckenden Mindestlohn festsetzt. Eine Steuer- und Abgabensenkung ist aus unserer Sicht der richtige Weg.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Zuruf von der LINKEN: Die Frage ist nicht beantwortet!)

Schließlich geht es natürlich um die Frage, was daraus für die Steuerpolitik folgt.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Bei der CDU kriegen schon alle Kopfschmerzen!)

Es geht um den Mittelstandsbauch. Aus unserer Sicht ist es absolut notwendig, dass wir die Aufnahme von Arbeit erleichtern, indem vor allen Dingen die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen bei Steuern und Abgaben entlastet werden.

(Beifall bei der FDP)

Wer das vergisst, der sorgt dafür, dass in Deutschland die Leistungsungerechtigkeit wächst. Wenn sich Leistungsungerechtigkeit in Deutschland breitmacht, dann werden wir das Fundament unseres Sozialstaates verlieren. Wer Leistungsgerechtigkeit vergisst, wird als Erstes die soziale Gerechtigkeit verlieren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Frau Kollegin Kramme und andere, Sie haben hier bemerkenswerte Beispiele erwähnt. Von Folter und Hexenjagd war die Rede. Ich lese, das sei ein Ausflug in eine rechte Politik. Ich möchte Ihnen als ein Liberaler

(Lachen bei der SPD - Christian Lange (Backnang) (SPD): Da haben Sie schon verloren! Das ist vorbei!)

in aller Offenheit und mit aller Klarheit zurückgeben: Wenn man in Deutschland Leistungsgerechtigkeit als rechtsradikal ansieht, dann zeigt das nur, welches linkes Gedankengut man mittlerweile im Kopf hat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Ulrich Kelber (SPD): Sie nehmen sich zu wichtig!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Westerwelle, erlauben Sie eine weitere Zwischenfrage, und zwar des Kollegen Fritz Kuhn?

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Bitte sehr.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kuhn, bitte schön.

Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Herr Westerwelle, ich möchte auf den Punkt ?Arbeit soll sich lohnen? und darauf, ob Arbeitslose Arbeit aufnehmen wollen oder nicht, zurückkommen. In Ihrer Rede haben Sie zweimal, auch im Zusammenhang mit dem sogenannten Mittelstandsbauch, gesagt: Steuern und Abgaben müssen gesenkt werden, damit dies leichter fällt.

Meine Frage an Sie ist: Ist Ihnen eigentlich klar, dass im Niedriglohnbereich, in dem Millionen von Leute bereits arbeiten oder Arbeit aufnehmen könnten, die Senkung der Steuern überhaupt keine Rolle spielt?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bei der SPD und der LINKEN)

Ein Ehepaar, das 1 800 Euro brutto verdient, zahlt keine Steuern, sondern Sozialabgaben.

(Christian Lindner (FDP): Er hat doch von Steuern und Abgaben gesprochen! Was wollen Sie denn? - Weitere Zurufe von der FDP)

- So etwas kann man doch ruhig klären. Die FDP sollte vielleicht einmal etwas für ihre Gemütsverfassung tun.

Meine Frage lautet, Herr Westerwelle: Wäre es nicht klüger - wenn es Ihnen ein ernstes Ansinnen ist -, uns daranzumachen, im Niedriglohnbereich die Lohnzusatzkosten, also die Abgaben, zu senken, weil eine Steuersenkung diese Leute gar nicht erreichen kann? Wer zielgenau helfen will, müsste doch ein Progressivmodell in der Form einführen, dass die Sozialabgaben im unteren Einkommensbereich niedriger sind und erst ab einer bestimmten Größenordnung, vielleicht bei einem Einkommen von 2 000 Euro, die 40 Prozent erreichen, die wir heute haben.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Guido Westerwelle (FDP):

Ich glaube, Herr Kollege, dass Sie einen wichtigen Punkt ansprechen. Deswegen habe ich hier übrigens immer von der Senkung der Steuern und der Abgaben gesprochen.

(Beifall bei der FDP)

Beides ist Teil unserer Koalitionsvereinbarung. Beides wollen wir als christlich-liberale Koalition durchsetzen. Aber leider ist es nicht so, dass das Thema Steuern nicht mehr zu besprechen wäre. Wir haben beispielsweise bei den Kinderfreibeträgen etwas geschafft, was aus unserer Sicht gerade für diejenigen wichtig ist, die Familien gegründet haben und dies oft genug als Armutsrisiko erleben mussten.

(Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das hilft doch nur den Gutverdiener! - Swen Schulz (Spandau) (SPD): Sie haben einfach keine Ahnung! - Weitere Zurufe von der SPD)

- Warten Sie doch bitte einen Augenblick! - Es ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel, dass nach unserem deutschen Steuerrecht für Kinder ein niedrigerer Freibetrag als für

Erwachsene gilt. Wir wollen, dass Kinder endlich gleich und fair behandelt werden, dass sie wie Erwachsene behandelt werden. Das ist ein wichtiger Punkt.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Sie haben recht bezüglich der Abgaben. Eine Änderung ist Teil der Koalitionsvereinbarung und selbstverständlich auch unseres Regierungsprogramms. In diesem Punkt stimmen wir sogar ausdrücklich überein. Was die Analyse dessen, was zu tun ist, angeht, werden wir noch reden müssen.

Herr Kollege Kuhn, Sie haben in dieser Debatte als ein wichtiger Vertreter der Grünen gesprochen. Erlauben Sie mir daher folgende Bemerkung: Was mir nicht gefällt - auch Sie haben diese Debatte beantragt -

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das war gestern!)

ist, wie schnell Sie vergessen haben, was Sie damals in einer Sozialstaatsdebatte selbst gesagt haben. Ich zitiere einmal, was Frau Künast am 21. August 2004 gesagt hat, als die Gesetze beschlossen worden sind, die jetzt in Karlsruhe kassiert wurden: Mit 1- oder 2-Euro-Jobs könnten Arbeitslose Grünflächen pflegen oder ältere Menschen betreuen.

(Renate Künast (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist doch nicht das Gleiche!)

Das sagte Renate Künast. Was nehmen Sie sich heraus, dass Sie mir meine Kritik vorwerfen, liebe Frau Kollegin?

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Zum Schluss möchte ich auf folgenden Punkt eingehen: Ich hoffe, dass wir diese Debatte erweitern, und zwar um den wichtigsten Punkt der Sozialpolitik überhaupt, um die Bildungspolitik. Die damit verbundene Entwicklung muss als soziale Herausforderung ernst genommen werden. Hier in Berlin - da regieren SPD und Linkspartei - ist man wieder so weit, dass Gymnasiumsplätze nicht mehr nach Begabung vergeben, sondern im Mangelfalle sogar verlost werden - ?Lotterieg Glück für Aufstiegschancen?. Wir haben uns da etwas anderes vorgestellt.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Deswegen muss diese Debatte geführt werden.

Endlich ist das erreicht worden, was erreicht werden sollte. In den Mittelpunkt unserer Politik gehören nicht einige Millionäre.

(Christian Lange (Backnang) (SPD): Sie machen Politik für Millionäre, für sonst niemanden! - Weitere Zurufe von der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den Mittelpunkt unserer Politik gehören vor allen Dingen der Mittelstand und die Mittelschicht. Sie tragen das Land; sie ziehen den Karren.

(Beifall bei der FDP)

Das ist es, worauf die Bürger einen Anspruch haben: dass Leistung sich lohnt. Diese Bürger erwirtschaften nämlich, was Sie verteilen wollen, und deren Last darf nicht immer schwerer gemacht werden.

25.02.2010 - 30/53 - E:\0A-

SHOPS\105_unsereBRD\Berichtsquellen\Bundestag_Sitzung24_HartzIV_2010-02-25.doc

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Christian Lange (Backnang)
(SPD): Für Millionäre! Sie machen nichts anderes! - Alexander Ulrich (DIE LINKE):
Volksverhetzer!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zu einer Kurzintervention erteile ich das Wort der Kollegin Elke Ferner von der SPD-Fraktion.

Elke Ferner (SPD):

Herr Kollege Westerwelle, Sie haben Ihren Redebeitrag damit begonnen, darauf hinzuweisen, dass Sie es gestört hat, dass diejenigen, die in der letzten Sitzungswoche hier gesprochen haben - sie waren teilweise bei der Urteilsverkündung in Karlsruhe dabei -, sich auch die Frage gestellt haben, wie dieses Urteil umgesetzt wird, wenn sich die in Art. 1 Grundgesetz verankerte Maxime ?Die Würde des Menschen ist unantastbar? in den Regelsätzen, in einer Grundsicherung widerspiegeln soll. Das geht nach Einschätzung aller, auch der Sozialverbände, nicht, indem das finanzielle Volumen gleich bleibt. Das Ganze wird teurer werden, es sei denn, man rechnet sich die Welt wieder schön.

Ihre größte Sorge, Herr Westerwelle, ist, dass das Geld, das für Ihre Steuerreform ohnehin nicht zur Verfügung steht - über 20 Milliarden Euro -, dann erst recht nicht mehr da ist. Allein das zeigt schon, wes Geistes Kind sie sind. Sie machen eben doch Politik für die Oberen, für die Gut- und für die Bestverdienenden, und nicht für die Menschen, die in der Existenzsicherung hängen, die gerne arbeiten würden, aber aus verschiedenen Gründen nicht arbeiten können, unter anderem deshalb, weil die Wirtschaft nicht genug Arbeitsplätze zur Verfügung stellt.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben eben den Kinderfreibetrag hervorgehoben. Der Kinderfreibetrag wirkt erst ab einem Einkommen von über 60 000 Euro. So hoch ist aber noch nicht einmal das Durchschnittseinkommen in dieser Republik.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Alle, die weniger verdienen, bekommen für ihre Kinder weniger Geld vom Staat. Es ist nicht die Frage, ob ich für Kinder den gleichen Freibetrag habe wie für Erwachsene, sondern es ist die Frage, ob dem Staat jedes Kind gleich viel wert ist, und zwar unabhängig davon, welches Einkommen seine Eltern haben.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie haben zum Schluss Ihrer Rede gesagt, wir müssten mehr in Bildung investieren. Ja, das ist richtig; das ist völlig richtig. Aber wenn Sie mehr in Bildung investieren wollen, dann dürfen Sie den Ländern und den Kommunen nicht die finanziellen Mittel dafür mit einer Steuerreform, mit Geschenken an Hotelketten und anderen Dingen entziehen. So ist mehr Bildung nicht finanzierbar.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte noch einen letzten Punkt ansprechen: Leistung muss sich lohnen. Wer wollte dem widersprechen? Aber das, was Sie als FDP, und das, was Sie als schwarz-gelbe

Koalition vorhaben, nämlich die Ausweitung des Kombilohns ohne gleichzeitige Einführung eines Mindestlohns, ist staatlich subventionierte Lohndrückerei.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie bringen die Betriebe in Wettbewerbsschwierigkeiten, in denen die Tarifpartner gute, auskömmliche Einkommen für die Beschäftigten ausgehandelt haben, also in denen die Beschäftigten gute Arbeit leisten und dafür gut bezahlt werden. Je mehr Sie die Löhne staatlich subventionieren, umso stärker wird sich die Lohnspirale nach unten drehen. Das hat nichts mit Leistungsgerechtigkeit zu tun; das hat etwas damit zu tun, dass Sie Dumpinglöhnen das Wort reden und nicht wollen, dass die Leistung der Menschen auch adäquat bezahlt wird.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Ferner, bitte.

Elke Ferner (SPD):

Wir brauchen ein Lohnanstandsgebot, das sich an einem menschenwürdigen Existenzminimum bemisst.

(Volker Kauder (CDU/CSU): Jetzt ist aber gut hier! Das ist ja eine Rede!)

Auf diese Weise haben diejenigen - das ist nur recht und billig -, die arbeiten, mehr Geld durch ihre Arbeit als diejenigen, die von Grundsicherung leben.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin Ferner, Ihre Redezeit ist weit überzogen.

Elke Ferner (SPD):

Darum geht es, und nicht um Sozialabbau, wie Sie ihn wollen.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Kollege Westerwelle zur Erwiderung.

Dr. Guido Westerwelle (FDP) (spricht von seinem Platz aus):

Frau Kollegin Ferner,

(Alexander Ulrich (DIE LINKE): Sie sitzen wieder da, wo Sie hingehören!)

Sie haben ja in Ihrem Beitrag durchaus wichtige Punkte angesprochen. Ich habe vorab erst einmal eine Sache hinzuzufügen: Sie kritisieren Zustände - Spitzensteuersatz, Kombilohn -, die Sie selber in Ihrer Regierungszeit herbeigeführt haben.

(Beifall bei der FDP)

Ich verstehe das nicht. Ist das nun eine Abrechnung mit der Politik Ihrer Partei, oder was haben Sie hier gerade veranstaltet?

Auf einen weiteren Punkt muss aufmerksam gemacht werden: Kindergeld und Freibeträge. Ich habe übrigens, als ich gesprochen habe, beides auch genannt. Sie haben völlig recht: Der Kinderfreibetrag greift erst ab einem bestimmten Einkommensniveau. Da sind wir uns völlig einig. Deswegen hat diese Koalition zweierlei getan: Wir haben die Kinderfreibeträge erhöht, und wir haben gleichzeitig das Kindergeld erhöht.

(Elke Ferner (SPD): Wer kriegt denn mehr? - Alexander Ulrich (DIE LINKE): Sie haben gar nichts erhöht!)

Damit Sie einmal wissen, wie viel wofür ausgegeben wird: 4,2 Milliarden Euro für die Erhöhung des Kindergeldes, 400 Millionen Euro für die Erhöhung der Freibeträge. Sie sehen, wie sozial ausgewogen das ist, was diese Koalition beschlossen hat.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Alexander Ulrich (DIE LINKE): Bei Hartz IV haben Sie nichts gemacht!)

Schließlich sagten Sie, wir machten eine Steuerpolitik für einige wenige. Ich glaube, es gibt Bereiche, über die wir ruhig streiten sollten.

(Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Beispielsweise Hotels!)

- Darüber können wir gerne streiten. - Aber über eine Frage bitte ich Sie doch wirklich einmal einen Augenblick nachzudenken: Kennen Sie wirklich irgendeinen Reichen in Deutschland, der der Erhöhung des Kindergeldes entgegengefeiert hätte? Wir haben hier eine Politik für die Bezieher von kleinen und mittleren Einkommen gemacht. Diese müssen in Deutschland gestärkt und unterstützt werden. Das ist der entscheidende Unterschied.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU - Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): So ein Unsinn!)

Nun zur Frage der Bildungspolitik und des Losglücks: Frau Ferner, ich selbst habe erst eine Realschule besucht. Ich habe sehr von den Bemühungen der sozialliberalen Koalition, Bildung als Bürgerrecht zu verankern, profitiert; denn die Durchlässigkeit des Bildungssystems ist in den 70er-Jahren hart errungen worden.

Alexander Ulrich (DIE LINKE): Spätromisch!)

Als jemand, der erst auf einer Realschule war, der dann auf das Gymnasium wechseln durfte, kann ich Ihnen nur ganz persönlich sagen: Niemand soll sich herausreden, wenn er wie Ihre Partei in Berlin Gymnasialplätze per Losentscheid vergeben will.

(Elke Ferner (SPD): Im Saarland werden die Gesamtschulplätze verlost!)

Die Zukunftschancen von jungen Menschen von Lotterieg Glück abhängig zu machen, das gibt es nirgendwo in Deutschland,

(Elke Ferner (SPD): Doch, im Saarland!)

nur im rot-rot regierten Berlin. Das ist unerträglich, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Niemand soll sich herausreden. Diese Katastrophe, diesen Skandal verantworten Sie von Rot-Rot.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat die Kollegin Katja Kipping von der Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

Katja Kipping (DIE LINKE):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit der Wortwahl 'spätromische Dekadenz' war Herr Westerwelle möglicherweise selbstkritischer, als ihm selber bewusst ist.

(Beifall bei der LINKEN)

Denn im späten Rom ging die Dekadenz von den Herrschenden aus. Welche Dekadenz erleben wir heute? Minister wie Westerwelle bekommen für Vorträge bei Banken 7 000 Euro.

(Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Mindestens!)

Ministerpräsidenten wie Rüttgers bekommen von Firmen für ein Kurzgespräch, quasi für einen Gesprächsquicke, mehrere Tausend Euro. Kurzum: Führende Politiker in diesem Land werden zu Herren für gewisse Minuten,

(Beifall bei der LINKEN)

wobei ihr Minutensatz deutlich über dem Stundensatz von Edelprostituierten liegt.

(Beifall bei der LINKEN - Volker Kauder (CDU/CSU): Gysi hat doch kassiert, Lafontaine hat doch kassiert! Jetzt hören Sie auf da vorne!)

Das ist die Dekadenz, über die wir reden müssen. Wenn Sie hier über Leistungsgerechtigkeit reden, dann denken Sie daran: 7 000 Euro für einen Kurzvortrag!

Vor kurzem kam ein Mann in mein Wahlkreisbüro, der halbtags für eine Hilfsorganisation arbeitet. Er ist viel ehrenamtlich tätig und engagiert sich für die Katastrophenhilfe für Haiti. Dieser Mann geht mit 1 000 Euro im Monat nach Hause. Für 7 000 Euro muss er sieben Monate arbeiten. Glaubt hier jemand ernsthaft, dass das etwas mit Leistung zu tun hätte? Glauben Sie denn ernsthaft, dass ein Vortrag von Westerwelle dieselbe Leistung ist wie sieben Monate Arbeit für eine Katastrophenhilfe?

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wer davon überzeugt ist, der möge jetzt bitte vortreten und das der geneigten Öffentlichkeit kundtun und vertreten.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich glaube, es geht hier nicht um Leistungsgerechtigkeit, sondern um ein ganz altes Prinzip der Ungerechtigkeit: Wer hat, dem wird gegeben, wer wenig hat, dem wird auch noch das wenige genommen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wie ungeheuerlich die Hetze ist, die Sie vonseiten der FDP losgetreten haben, wird vor folgendem Hintergrund deutlich: Es gibt die Studie 'Deutsche Zustände' von Professor Heitmeyer, der die Einstellung zu bestimmten Menschengruppen untersucht. Er kommt zu einem erschreckenden Ergebnis: Die Ablehnung gegenüber Menschen, die als vermeintlich nutzlos eingestuft werden, also gegenüber Langzeiterwerbslosen und Obdachlosen, steigt extrem. Herr Heitmeyer sagt, das habe inzwischen einen Grad an Menschenfeindlichkeit angenommen. Ich meine sogar: Was sich hier entwickelt, ist ein neuer Rassismus, ein Nützlichkeitsrassismus. Das Gefährliche daran ist: Wenn ein solcher Rassismus erst einmal eine gewisse Intensität erreicht hat, dann sinkt die Hemmschwelle für gewaltsame Übergriffe. Wir beobachten, dass die Zahl der gewaltsamen Übergriffe brauner Schlägertrupps gegenüber Obdachlosen deutlich zugenommen hat. Vor diesem Hintergrund müssten sich alle, die nur einen Funken Verantwortung im Leib haben, diesen Ressentiments entgegenstellen. Wir alle müssen uns als Politiker und Politikerinnen dem Nützlichkeitsrassismus entgegenstellen. Doch was passiert? Sie schüren munter weiter und spielen mit dem Feuer. Das ist hochgefährlich.

(Beifall bei der LINKEN)

Nun gibt es immer wieder Einwände gegen die Forderungen der Linken. Ein Einwand lautet, dass der von uns geforderte Regelsatz in Höhe von 500 Euro nicht durch ein Bundesverfassungsgerichtsurteil gedeckt sei. Ich weise in diesem Zusammenhang darauf hin: Das Bundesverfassungsgericht hat deutlich gesagt, der Gesetzgeber muss nachweisen, dass das menschenwürdige Existenzminimum nicht unterschritten ist. Es hat nicht das Überschreiten verboten. Das Bundesverfassungsgericht sagt ganz klar: Der Gesetzgeber hat einen politischen Gestaltungsspielraum. - Dieser endet aber dort, wo das Existenzminimum unterschritten wird. Wir berufen uns auf Berechnungen, die von vollwertiger Ernährung und politischer Teilhabe ausgehen.

(Beifall bei der LINKEN)

Ein weiterer Einwand lautet, Sanktionen müssten unbedingt bestehen und seien für die Arbeitsvermittlung notwendig. Ich habe mich vor kurzem mit Mittelstandsvertretern unterhalten und dabei den Eindruck gewonnen, dass es gerade aus Sicht kleiner Unternehmen total kontraproduktiv ist, wenn man bei der Arbeitsvermittlung vor allen Dingen versucht, Erwerbslosen nachzuweisen, dass sie gar nicht arbeitswillig sind, und sie verdonnert, sich überall zu bewerben, unabhängig davon, ob die Stelle zu dem betreffenden Bewerber passt. Für eine nachhaltige Vermittlung ist notwendig, dass die Anforderungen der Stelle sowie die Fähigkeiten und die Vorstellung des Arbeitsuchenden gut zusammenpassen. Wenn nun aber die Bundesagentur für Arbeit Erwerbslose unter der Androhung von Sanktionen verdonnert, sich immer wieder zu bewerben, dann bedeutet das gerade für kleine Unternehmen jede Menge Arbeit bei den Bewerbungen. Das stellt eine zusätzliche Belastung für sie dar. Deswegen sagen wir: Im Sinne einer nachhaltigen Arbeitsvermittlung gehören die Sanktionen abgeschafft.

(Beifall bei der LINKEN)

Die tatsächliche Dekadenz, damals wie heute, ist die Dekadenz der Herrschenden. Doch anstatt diese Probleme zu benennen, schüren Sie Sozialneid zwischen den Armen und den ganz Armen. Das ist ein übles Ablenkungsmanöver.

25.02.2010 - 35/53 - E:\0A-

SHOPs\105_unsereBRD\Berichtsquellen\Bundestag_Sitzung24_HartzIV_2010-02-25.doc

Die Linke sagt: Wir wollen etwas komplett anderes. Auch wir wollen, dass mehr Geld in die Bildung gesteckt wird. Aber was ich sehr eigenartig finde, wenn Sie hier das Hohelied der Bildung singen, Herr Westerwelle: In dem Haushalt, den Sie mit zu verantworten haben, werden gerade einmal 350 Millionen Euro für Bildung eingestellt. Die Steuerentlastung aber, die Sie vorangetrieben haben, kostet uns ab 2011 jedes Jahr 24 Milliarden Euro. Das sind die wahren Schwerpunktsetzungen, die Sie vornehmen.

(Beifall bei der LINKEN)

Wir als Linke hingegen wollen, dass die Schere zwischen Arm und Reich nicht weiter auseinandergeht. Wir wollen, dass keiner unter das Existenzminimum fällt. Wir wollen eine sanktionsfreie Mindestsicherung, einen Mindestlohn von 10 Euro, gute Arbeit und eine Verteilung der vorhandenen Erwerbsarbeit durch Arbeitszeitverkürzung. Kurzum: Wir wollen ein Bündnis für sozialen Fortschritt.

Besten Dank.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt der Kollege Dr. Matthias Zimmer von der CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Matthias Zimmer (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben seit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts in Deutschland eine Debatte, die manchmal seltsame Züge annimmt. Gestern haben wir im Bundestag bereits über einen Aspekt dieser Debatte eine Aktuelle Stunde gehabt, heute setzen wir die Debatte fort. Manchmal habe ich den Eindruck, die Schärfe der Debatte kommt eher daher, dass sich einige in diesem Haus ein anderes Urteil erhofft hätten.

(Elke Ferner (SPD): Meinen Sie jetzt Herrn Westerwelle?)

Darauf hat der FDP-Vorsitzende ja auch richtigerweise hingewiesen.

Deshalb gilt es als Erstes festzuhalten: Hartz IV ist nicht verfassungswidrig.

(Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): So kann man sich das Urteil auch hinbiegen!)

Das Bundesverfassungsgericht hat festgestellt: Die Höhe der Sätze ist nicht evident unzureichend. Aber die Regelsätze für Kinder müssen neu berechnet werden, und das werden wir tun.

Das Urteil ist in erster Linie eine Niederlage für die SPD. Weder der damalige Arbeitsminister Müntefering noch Olaf Scholz haben auf Bedenken bezüglich der Ausgestaltung der Regelsätze reagiert. Psychologisch gesehen kann ich das verstehen. Sie wollten die Büchse der Pandora nicht öffnen; denn diese Reform Ihren eigenen Leuten zu verkaufen, war schwierig genug. Jede kleine Änderung hätte sofort an die Grundbefindlichkeit der SPD gerührt. Dann - das war Ihre Haltung - lassen wir uns lieber von Karlsruhe sagen, was zu tun ist. Das, meine Damen und Herren, spricht nicht für den Willen zu politischer Gestaltung, sondern eher für die Suche nach einem Notausgang für Helden.

25.02.2010 - 36/53 - E:\0A-

SHOPS\105_unsereBRD\Berichtsquellen\Bundestag_Sitzung24_HartzIV_2010-02-25.doc

Das Gericht soll die Hausaufgaben machen, die Sie haben liegenlassen. Ein wenig Autoritätsgläubigkeit spielt da auch mit. Karlsruhe locuta, causa finita.

(Elke Ferner (SPD): Wir sprechen hier Deutsch!)

Zu den Grünen fällt mir wenig ein. Sie standen mit an der Wiege von Hartz IV und tun heute so, als ob Sie das damals gar nicht so gemeint hätten. Dann werden Nebenkriegsschauplätze eröffnet: Kritik an der Kanzlerin, am FDP-Vorsitzenden, alles seltsam unsubstanziert, aber mit bemerkenswerter Verve vorgetragen. Lieber Herr Kurth, Sie haben mit ebensolcher Verve die Würde des Menschen ins Feld geführt. Ich frage mich: Haben Sie 2004 vergessen, das anzumerken,

(Elke Ferner (SPD): Sie ja offenkundig auch! Vermittlungsausschuss, Bundesrat! - Christian Lange (Bündnis 90/Die Grünen): Was erzählen Sie da eigentlich für einen Unsinn?)

oder haben Sie es lediglich aus Angst vor dem Basta-Kanzler unterlassen?

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Nun zu den Linken. Gestern im Ausschuss haben Sie erklärt, Sie lehnen Sanktionsregime für nicht Arbeitswillige ab. Für mich ist das nichts anderes als die permanente Kapitulation vor dem inneren Schweinehund anderer, eine Extremposition, wie sie für die Linken ja nicht untypisch ist. Ich will nur an eine andere Extremposition erinnern, die Ihre Vorgänger als Gesetz gefasst haben, nämlich den alten § 249 des Strafgesetzbuches der DDR. Dort ging es um asoziales Verhalten. Danach wurde derjenige, der "das gesellschaftliche Zusammenleben der Bürger oder die öffentliche Sicherheit und Ordnung gefährdet, indem er sich aus Arbeitsscheu einer geregelten Arbeit entzieht", mit einer Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren belegt,

(Peter Weiß (Emmendingen) (CDU/CSU): Oh!)

im Wiederholungsfall drohten bis zu fünf Jahre.

(Katja Kipping (DIE LINKE): Das kritisieren wir auch!)

Dies ist ebenso eine Extremposition und ebenso falsch. Wir haben funktionierende Sanktionsregimes; sie müssen nur angewendet werden. Aber wir wollen die Menschen nicht kriminalisieren.

Den Kolleginnen und Kollegen von der Linken will ich ein anderes Wort ins Stammbuch schreiben, dass nämlich nur das verbraucht werden kann, was auch erarbeitet wird. So weit war jedenfalls die SED bereits in den 70er-Jahren, als man die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik propagiert hat. Diese Einheit hat sich allerdings nur in einem verwirklicht, nämlich darin, dass Ihre Ahnen sowohl die Wirtschafts- als auch die Sozialpolitik gegen die Wand gefahren haben. Die 40-jährige Wanderschaft in der Wüste des Sozialismus hat Folgekosten hinterlassen, die wir noch heute bezahlen. Damit scheiden Sie von den Linken aus meiner Sicht als Ratgeber für wirtschafts- und sozialpolitische Fragen aus.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Für mich ist eines klar: Wenn sich die Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik jemals verwirklicht hat, dann in unserer Idee der sozialen Marktwirtschaft.

Nun will die Linke den Regelsatz auf 500 Euro erhöhen. Begründung: Fehlanzeige. Zudem wollen Sie Ihren ausgabenintensiven Amoklauf auch an anderer Stelle fortsetzen, mit 2 Millionen Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst mit 50 Milliarden Euro im Jahr zusätzlich, und mit jeweils 25 Milliarden Euro in den nächsten vier Jahren soll das produzierende Gewerbe auf innovative Verfahren und Produkte umgestellt werden.

Ihre Idee, Produktionsverfahren und Produkte umzustellen, kann ich in diesem Zusammenhang nur als Drohung auffassen. Die Bundesrepublik ist bereits in vielen Feldern Technologieführer. Mir fällt dazu der alte Slogan der SED ein: "Überholen ohne einzuholen". Eingeholt hat Sie 1989 Ihre Unfähigkeit, Ausgaben auf verfügbare Mittel zu beziehen, und überholt sind Ihre Art des planwirtschaftlichen Denkens und Ihre Annahme, dass Geld wachse auf Bäumen und müsse nur ausgegeben werden. Damals wie heute fehlen Ihnen Maß und Mitte.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Die Debatte, die wir um Hartz IV führen, ist aus meiner Sicht in großen Teilen eine Debatte mit verdeckten Kontexten. Der SPD geht es darum, befreit von der Regierungsverantwortung wieder Zutritt in das folgenfreie Paradies der reinen Lehre zu erlangen, wo die sozialdemokratische Welt noch in Ordnung ist. Hier ist der Einfluss des Wünschens auf das Denken besonders stark.

Den Grünen geht es darum, sich aus der Mitverantwortung für das einstmals Beschlossene zu stehlen. Hier nimmt die Bewältigung der Vergangenheit das Denken in Beschlag.

Bei der Linken geht es um Systemkritik, um eine grundsätzliche Ablehnung von Hartz IV, die man mit völlig überzogenen Vorschlägen ad absurdum führen will. Eine Alternative ist nicht in Sicht. Darin sind Sie übrigens Ihrem Stammvater Marx gleich, der auch nur kritisieren konnte, aber niemals auch nur einen einzigen konstruktiven Vorschlag gemacht hat.

(Zuruf von der CDU/CSU: Sehr wahr!)

Meine Damen und Herren, die Debatte um Hartz IV eignet sich meines Erachtens nicht, solche mitschwingenden Befindlichkeiten therapeutisch auszuleben. Dafür ist das Thema dann doch zu ernst. Wir wollen den Menschen in der Not helfen, und wir werden bei der Berechnung der Sätze jene Transparenz herstellen, die das Verfassungsgericht angemahnt hat. Das ist unsere Aufgabe als Parlament, und wir von der Union werden uns dieser Aufgabe stellen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Zimmer, ich gratuliere Ihnen im Namen des ganzen Hauses zu Ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag.

(Beifall)

Das Wort hat die Kollegin Angelika Krüger-Leißner von der SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

Angelika Krüger-Leißner (SPD):

Vielen Dank, Herr Präsident! - Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der bisherige Verlauf unserer Debatte hat doch deutlich gezeigt, dass einige von uns über dieses Urteils heftig überrascht sind, einige sogar so sehr, dass sie völlig orientierungslos geworden sind, hier mit irrwitzigen Forderungen antreten, seit zwei Wochen durch die Lande ziehen und heute durch den Bundesaußenminister auch wieder einen Ausschnitt aus diesem Schauspiel aufführen. Andere haben gleich Lösungen parat, wieder andere tischen alte Kamellen auf.

Dabei sollten wir es uns nicht so einfachen machen. Das Urteil hat uns ein Paket von Aufträgen auferlegt. Auftrag Nummer eins lautet, Rechtsklarheit und Transparenz bei der Berechnung der Regelsätze herzustellen. Auftrag Nummer zwei besteht darin, einen eigenständigen, bedarfsgerechten Regelsatz für Kinder zu schaffen. Beim Auftrag Nummer drei geht es darum, eine Härtefallregelung für laufende, unabweisbare atypische Bedarfe zu schaffen, und das ab sofort.

(Paul Lehrieder (CDU/CSU): Da sind wir praktisch schon dabei!)

Auch wenn keine Vorgaben zur Höhe der Regelsätze gemacht worden sind, so bin ich mir sicher, dass es für viele Familien Verbesserungen geben wird, sowohl durch den Regelsatz für Kinder als auch durch die Umsetzung der Sonderbedarfe. Ich warne davor - besonders angesichts dieser Debatte -, Regelungen nach Kassenlage zu treffen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

In der gestrigen Ausschusssitzung hat uns das ziemlich restriktive Vorgehen bei der Härtefallregelung überrascht. Da kann das letzte Wort noch nicht gesprochen sein.

(Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Jetzt kriegen wir aber Angst!)

Ich habe den Verdacht, dass dem Bundesverfassungsgericht das Wort im Munde umgedreht werden soll.

Sehr geehrte Frau Ministerin, sorgen Sie dafür, dass wir eine offene, transparente Diskussion über die Neuregelungen führen, dass wir nachvollziehbare Entscheidungen bekommen und dass die Jobcenter bundeseinheitliche und möglichst unbürokratische Sachentscheidungen treffen können. Die Situation in den Jobcentern ist durch das Vorgehen Ihrer Regierung ohnehin schon sehr angespannt.

Dieses Urteil hat uns aber nicht nur den Auftrag zur Veränderung der Regelsätze gegeben. Es steht noch viel mehr dahinter: Uns sollte klar sein, dass uns damit der Auftrag für die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns erteilt wurde.

(Paul Lehrieder (CDU/CSU): Das ist aber sehr exklusiv ausgelegt!)

Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb, das steht hinter dieser Regelung,

(Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Man sieht nur das, was man sehen will!)

denn das ist Realität. Nur ein Narr kann jetzt noch einen niedrigeren Regelsatz fordern und auch noch ernsthaft daran glauben. Es ist wohl eher zu erwarten, dass die Regelleistungen steigen werden. Damit fällt das Lohnabstandsgebot. Um das wiederherzustellen und ein vernünftiges Lohnabstandsgebot, so wie es meine Vorrednerin gesagt hat, zu schaffen, brauchen wir den gesetzlichen Mindestlohn und keine niedrigeren Bedarfssätze.

25.02.2010 - 39/53 - E:\0A-

SHOPs\105_unsereBRD\Berichtsquellen\Bundestag_Sitzung24_HartzIV_2010-02-25.doc

(Beifall bei Abgeordneten der SPD - Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Wenn das so richtig wäre, hätten Sie es doch damals machen müssen!)

- Herr Kolb, das ist meine Antwort auf Ihre Neuinterpretation des Satzes: Arbeit muss sich wieder lohnen.

Im Urteil des Bundesverfassungsgerichts sehe ich vor allen Dingen den Auftrag und die Chance, Schwachpunkte im SGB II zu verbessern. Uns liegen heute zwei Anträge vor, über die wir in den nächsten Wochen reden werden, die ich sehr unterschiedlich bewerte.

Der Antrag der Grünen greift zweifellos den Auftrag des Bundesverfassungsgerichts auf. Er enthält gute Ansätze. Ich glaube, dass wir auf dieser Grundlage um Verbesserungen ringen können. Die Kolleginnen und Kollegen der Linksfraktion nutzen das Urteil, um ihre populistische Forderung 'Weg mit Hartz IV' zu erneuern. Sie präsentieren einen Strauß von Maßnahmen. Um bei dem Bild 'Strauß' zu bleiben: Es sind ohne Frage ein paar schöne Blumen dabei, es sind aber auch ein paar Kunstblumen dabei. Der Antrag liest sich wie ein Wunschzettel, der den Betroffenen eine heile Welt vorspielt. Finanzpolitisch steht er auf sehr wackligen Beinen, aber das ist nicht neu. So kommen wir nicht weiter.

Meine Fraktion wird in Auswertung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts einen eigenen umfassenden Antrag einbringen. Ich bin mir sicher, dass es uns dann gelingt, eine Versachlichung der Debatte herbeizuführen. Es geht nicht an, dass sich einige auf Kosten der Schwachen in unserer Gesellschaft profilieren, wie es der amtierende Bundesaußenminister heute wieder getan hat. Der Ruf nach strengeren Regeln und schärferen Strafen stigmatisiert die Hilfeempfänger als Arbeitsverweigerer und Sozialschmarotzer. Ich sage Ihnen: Hören Sie auf, Menschen in unserer Gesellschaft so gegeneinander auszuspielen! Die Mehrheit der Hilfeempfänger möchte arbeiten, und zwar zu anständigen Löhnen und zu guten Arbeitsbedingungen. Darauf sollten wir den Fokus richten.

(Beifall bei der SPD)

Das Bundesverfassungsgericht hat uns die Möglichkeit gegeben, unser System der sozialen Grundsicherung zu überprüfen und zu verbessern. Ausgangspunkt kann dabei nur der Hilfebedürftige und sein Anspruch auf Sicherung des Existenzminimums, auf ein menschenwürdiges Leben und auf gesellschaftliche Teilhabe sein. Dazu gehören alle Angebote und jegliche Unterstützung zur Überwindung und Vermeidung von Hilfebedürftigkeit.

Das gilt umso mehr für die Kinder. Ein eigenständiger Regelsatz ist ein guter Lösungsansatz, aber es gehört noch viel mehr dazu: eine moderne Familien- und Bildungspolitik, um allen Kindern gute Bildungschancen zu geben. Kinderarmut ist vermeidbar. Packen wir es an.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat der Kollege Johannes Vogel von der FDP-Fraktion.

(Beifall bei der FDP)

Johannes Vogel (Lüdenscheid) (FDP):

25.02.2010 - 40/53 - E:\0A-

SHOPs\105_unsereBRD\Berichtsquellen\Bundestag_Sitzung24_HartzIV_2010-02-25.doc

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Krüger-Leißner, Sie haben eine angebliche Verwirrung in der Debatte, die der Vizekanzler angestoßen hat, angesprochen. Ich glaube, die Verwirrung lag eher bei Ihnen.

Ich will allen den Ausgangspunkt der Debatte noch einmal zu Gemüte führen: Vorletzte Woche, am 9. Februar 2010, um 10.06 Uhr, ergriff Herr Papier in Karlsruhe das Wort und begann mit der Verkündung des Urteils. Um 10.49 Uhr, gerade einmal eine gute halbe Stunde später, haben Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in Person von Herrn Oppermann schon erklärt, erstens sei es völlig klar, es müsse jetzt mehr Geld geben, und zweitens sei die Steuerentlastung für kleine und mittlere Einkommen obsolet. Ich glaube, es ist zynisch, wenn Sie erst ein Willkürregime bei den Hartz-IV-Regelsätzen, gerade für Kinder, einführen, Ihnen das vom Gericht in der Luft zerrissen wird und Sie das dann auch noch als Legitimation für Ihr eigenes Parteiprogramm nutzen.

(Beifall bei der FDP - Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Da wird ein großes Süppchen gekocht!)

Diese Reflexe hat der Vizekanzler kritisiert, und das ist völlig richtig. Etwas für die Schwächsten zu tun, ihnen aus der Hilfsbedürftigkeit herauszuhelfen und gleichzeitig kleine und mittlere Einkommen in unserem Land zu entlasten, das ist kein Widerspruch, sondern das sind zwei Seiten derselben Medaille.

(Beifall bei der FDP sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Werfen wir jetzt doch einmal einen ganz kurzen Blick darauf, was wir als neue Regierung im Bereich des Sozialstaates genau vorhaben. Wir wollen ihn an drei Punkten fairer machen:

Erstens brauchen wir Regelsätze, die nicht willkürlich berechnet sind, sondern anhand des realen Bedarfs. Ich kann nur erkennen, dass das Urteil anscheinend noch nicht vollständig verstanden wurde, da jetzt wieder politisch gesetzte Zahlen in die Debatte eingebracht werden - 420 Euro, 500 Euro -, anstatt die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe abzuwarten, dann in Ruhe Wertentscheidungen zu treffen und abzuleiten, wie viel Geld wir für die Regelsätze brauchen.

Zweitens wollen wir die Betreuung vor Ort verbessern.

(Elke Ferner (SPD): Durch getrennte Aufgabenwahrnehmung!)

Wenn man ehrlich ist und in die Details geht, dann stellt man fest, dass das das Problem ist. Sie wissen so gut wie ich, dass es vor Ort Licht und Schatten gibt, sowohl bei der Förderung als auch bei der Verhängung von manchmal nötigen Sanktionen.

Drittens wollen wir vor allem die Anreize verbessern - die OECD ist schon angesprochen worden -, dass man aus der Hilfsbedürftigkeit wieder in Beschäftigung kommt. Das ist doch das Problem.

(Beifall bei der FDP)

Wir können nicht immer nur darüber reden, was mit denen ist, die Hilfe brauchen. Da müssen wir solidarisch sein. Aber wir müssen uns auch Gedanken darüber machen, wie sie da wieder herauskommen. Da hat die OECD der Bundesrepublik Deutschland in der Tat ein Armutszeugnis ausgestellt, weil es zu wenig positive Anreize gibt, sich wieder hervorzuarbeiten. Deshalb ist es richtig, dass wir durch eine Senkung der Steuer- und Abgabenlast die Lohnnebenkosten in den Blick nehmen wollen. Ein kurzer Gruß an die Kolleginnen und Kollegen von den Grünen: Wenn Sie die Abgabenlast kritisieren, wäre es

schön, wenn Sie sich auch an der Debatte beteiligen würden, wie wir die Beiträge zu den Sozialversicherungen niedrig halten können. Zur Gesundheitsreform zum Beispiel, die wir vorhaben, höre ich keine sachdienlichen Beiträge.

(Beifall bei der FDP - Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wir haben ein Modell vorgelegt! Das geht aber nicht mit Steuersenkungen!)

Außerdem ist es richtig, die Hinzuverdienstmechanismen zu verbessern. Gerade in diesem Bereich, durch den die Menschen wieder in den ersten Arbeitsmarkt kommen wollen, werden den Menschen heute Steine in den Weg gelegt, anstatt ihnen die Hand zu reichen. Wir müssen die positiven Anreize durch bessere Zuverdienstmechanismen verbessern. Genau das haben wir vor, weil wir einen Sozialstaat im Blick haben, der die Menschen aktiviert und sie nicht narkotisiert und ruhigstellt.

Insofern kann ich das, was Sie hier machen, nur als Geschrei empfinden. Ich hoffe, dass Sie sich konstruktiv an unseren Vorschlägen zu einem faireren Sozialstaat beteiligen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Das Wort hat jetzt die Bundesministerin Dr. Ursula von der Leyen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte für die Bundesregierung zunächst einmal drei Dinge klarstellen, die vielleicht eine Selbstverständlichkeit sind. Mir liegt aber daran, sie noch einmal zu betonen.

Die Bundesregierung steht erstens selbstverständlich für den verlässlichen Sozialstaat, und zwar für einen lebendigen Sozialstaat. Es ist ein Gütesiegel der sozialen Marktwirtschaft, dass wir Menschen nicht aufgeben, sondern gerade denjenigen, die in eine Notlage gekommen sind, wieder Aufstiegsperspektiven geben. Wir wollen ihnen die Hilfe geben, die notwendig ist, damit sie ihr Leben eigenständig in die Hand nehmen können. Wir wollen sie nicht alle über einen Kamm scheren. Das sehen wir ohne jeden Zweifel als unsere Aufgabe. Arbeitslosigkeit hat auch ihre Ursachen: oft kein Arbeitsangebot, oft kein Berufsabschluss, keine Kinderbetreuung, manchmal auch keine Lust. Das heißt, dass wir in der konkreten Arbeitsvermittlung konsequenter und zügiger werden müssen. Das ist die Debatte, die wir in diesem Hohen Hause führen sollten.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Zweitens. Genauso wie es Steuerhinterziehung gibt, gibt es Missbrauch bei Hartz IV. Aber deshalb sind noch lange nicht alle Steuerzahler unter Generalverdacht, und deshalb sind selbstverständlich noch lange nicht alle Langzeitarbeitslosen unter Generalverdacht.

(Elke Ferner (SPD): Sagen Sie das Herrn Westerwelle! Weiß der Vizekanzler das auch?)

Es gibt diesen harten Kern; aber ich werde nicht zulassen, dass er unsere Debatte bestimmt. Das wird der großen Zahl der Langzeitarbeitslosen, die aus der Arbeitslosigkeit heraus wollen, nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten der SPD, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Christian Lange (Backnang) (SPD): Das sollten Sie mal im Kabinett absprechen!)

Drittens möchte ich etwas klarstellen. Natürlich müssen wir bei dieser Debatte immer diejenigen im Blick behalten, die arbeiten. Das Arbeitslosengeld II ist eine Gemeinschaftsleistung. Das ist eine Selbstverständlichkeit; aber es muss offensichtlich noch einmal erwähnt werden. Wir müssen deshalb das richtige Maß für diejenigen finden, die mit Arbeitslosengeld II menschenwürdig leben müssen, und für diejenigen, die es erarbeiten und verdienen müssen.

(Elke Ferner (SPD): Aha!)

Das sind zwei Seiten einer Medaille. Wir sollten sie nicht gegeneinander ausspielen, sondern immer im Konsens miteinander darüber diskutieren.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Christian Lange (Backnang) (SPD): Sprechen Sie mal in Richtung des Vizekanzlers!)

Nach diesen Vorbemerkungen möchte ich auf das Urteil des Bundesverfassungsgerichts - es ist Anlass dieser Debatte - eingehen. Es ist meines Erachtens ein weises Urteil.

(Elke Ferner (SPD): Aha!)

Es hat Grundsätze markiert. Es hat auch den politischen Gestaltungsspielraum vollständig klargestellt. Die Pauschalierung ist bestätigt worden. Das heißt, die Gängelei der Einzelleistungen ist nicht wieder heraufbeschworen worden. Es ist richtig, die Regelsätze an den Ausgaben der unteren 20 Prozent der Einkommen zu bemessen. Denn das ist die Lebenswirklichkeit der Menschen mit den kleinen Einkommen.

Entscheidend ist der Gestaltungsspielraum, den uns das Bundesverfassungsgericht noch einmal deutlich ins Stammbuch geschrieben hat.

(Zuruf von der LINKEN: Erstmals!)

Es hat dargelegt, dass die Regelsätze menschenwürdige Lebensverhältnisse garantieren müssen, aber dass die Leistungen nicht nur Geldleistungen in Euro und Cent sein müssen. Es geht um die Möglichkeit der Teilhabe, der sozialen Perspektive und vor allem der sozialen Beziehungen. Da können und da wollen wir neue Wege gehen.

Das beziehe ich insbesondere auf das Thema der bedürftigen Kinder, der Kinder, die von Sozialgeld leben. Da haben wir jetzt eine große Chance, tatsächlich neue Wege zu gehen. ?Kinder sind keine kleinen Erwachsenen.? Das ist ein Zitat des Gerichtes. Das sollten wir hochhalten. Grundvoraussetzung in der Kindheit sind - das sind Selbstverständlichkeiten, aber man muss sie noch einmal thematisieren - Zuwendung, frühe Förderung und Perspektiven. Ohne diese Grundlagen haben Kinder, anders als Erwachsene, keine Chance, ihre Talente, ihre Fähigkeiten und ihre Persönlichkeit so zu entwickeln, wie es ihr Recht ist. Hier müssen wir die Konsequenzen aus dem Urteil ziehen. Hier müssen wir die Akzente setzen. Hier müssen wir nach vorne denken.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Ja, ich weiß, dass die Länder für die Schulen zuständig sind - das Gericht hat sehr stark auf die schulpflichtigen Kinder Bezug genommen -, aber es geht darum, dass bedürftige Kinder, Kinder, die von Sozialgeld leben, überhaupt mithalten können beim Zugang zu Bildung in der Schule. Dafür ist der Bund zuständig. Das ist ein großes Wort gelassen ausgesprochen, aber wir alle hier im Parlament sind dafür zuständig. Das ist unsere gemeinsame Chance. Das Bundesverfassungsgericht hat dem Parlament hier - das ist neu - eine maßgebliche Rolle bei der Festlegung und der laufenden Anpassung der Regelsätze zugeschrieben. Es geht eben nicht nur um die Geldleistung. Aber wenn der Bund gerade in dieser angespannten Haushaltssituation Mittel in die Hand nimmt, dann müssen wir auch dafür sorgen, dass die eingesetzten Mittel tatsächlich bei der Förderung der bedürftigen Kinder wirksam werden. Hier geht es um die Sachleistung und die Dienstleistung - von Mensch zu Mensch. Das ist der Auftrag der Zukunft.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der FDP)

Wenn ein Kind in der 8. Klasse in Mathematik nicht mehr mitkommt, kann seine Versetzung nicht davon abhängen, ob seine Eltern das Geld haben, Nachhilfe einzukaufen.

(Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE): Richtig!)

Diesem Kind muss unabhängig von der Einkommenssituation seiner Eltern geholfen werden. Das ist unsere Gestaltungschance. Wenn es von Sozialgeld lebt, hat der Bund die Verpflichtung, für diese Chance zu sorgen und konkret vor Ort die Dienstleistung von Mensch zu Mensch sicherzustellen.

Mehr noch: Wenn wir Kinderleben ernst nehmen, gehört auch das Mitmachen in Sport, Musik und sozialen Beziehungen dazu. Wenn Kinder diese Chance nicht haben, verkümmern sie.

Es gibt Fälle, in denen sich die Freizeit eines Kindes in der Bahnhofsvorhalle abspielt statt im Schwimmverein oder im Fußballverein. Das darf nicht von einer Gebühr abhängen, die die Eltern nicht aufbringen.

(Elke Ferner (SPD): Und dabei werden Schwimmbäder geschlossen!)

Auch das Schulessen darf in dieser Diskussion kein Tabu sein.

(Beifall bei der CDU/CSU, der FDP und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau von der Leyen, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Ich möchte zuerst diesen Gedanken zu Ende führen; danach gerne. - Ich weiß, dass das im Moment vielleicht noch unerhört klingt. Es ist in diesem Land aber längst überfällig. Lassen Sie uns deshalb gemeinsam diese Chance ergreifen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

25.02.2010 - 44/53 - E:\0A-

SHOPs\105_unsereBRD\Berichtsquellen\Bundestag_Sitzung24_HartzIV_2010-02-25.doc

Frau von der Leyen, erlauben Sie jetzt eine Zwischenfrage der Kollegin Golze von den Linken?

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Ja.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Bitte schön, Frau Golze.

Diana Golze (DIE LINKE):

Vielen Dank, Frau Ministerin, dass Sie meine Zwischenfrage zulassen, auch wenn Sie mich wahrscheinlich gar nicht sehen können, weil Sie von der Sonne geblendet werden. - Mir geht es ganz konkret um das Gegeneinanderauspielen von Transferleistungen, nämlich Barleistungen auf der einen Seite sowie Investitionen in Dienstleistungen und Sachleistungen auf der anderen Seite. Sie haben zu Beginn Ihrer Rede zu Recht darauf hingewiesen, dass wir keine Pauschalverurteilung bestimmter Gruppen von Menschen vornehmen wollen. Dieser Aussage schließe ich mich voll an. Warum aber kann der Regelsatz für Kinder nicht so umfassend ausgelegt werden, dass aus diesem Regelsatz auch Kosten für den Zugang zu Bildung, für den Zugang zu Sportvereinen und für den Zugang zur Musikschule bestritten werden können? Warum wird dort in der auch von Ihnen angeschobenen Gutscheindebatte schon wieder in die Richtung argumentiert, dass die Eltern oder die Kinder mit diesem Geld nicht umgehen könnten und dass es falsch verwendet werden würde? Warum wird hier wieder mit einem solchen Pauschalurteil gearbeitet, statt den Regelsatz wirklich am Bedarf der Kinder auszurichten, sodass er dann auch die von Ihnen genannten Leistungen umfasst?

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Wir spielen nicht die Sach- und Dienstleistung gegen die Geldleistung aus. Wir möchten aber, dass dann, wenn wir mehr Geld einsetzen - es wird mehr Geld kosten; das sage ich an dieser Stelle auch ganz deutlich - ,

(Elke Ferner (SPD): Aha! Haben Sie gehört, Herr Westerwelle? - Christian Lange (Backnang) (SPD): Ist das eine Meinung der Bundesregierung oder nur Ihre Auffassung?)

dieses Geld auch zielgerichtet in der Förderung der Kinder ankommt. Wir würden doch niemals den Eltern in Deutschland Geld in die Hand geben und ihnen sagen, sie sollten sich einmal Lehrer suchen, die dann ihre Kinder unterrichten. Aus gutem Grund ist Schule organisiert. Damit stellen wir sicher, dass die Bildung bei den Kindern richtig ankommt.

Meine Damen und Herren, deshalb ist es auch wichtig, noch einmal die große Linie der Chance darzustellen, die dieses Land jetzt hat. - Frau Golze, Sie können sich setzen, weil ich jetzt in meiner Rede weitermache.

(Zuruf von der LINKEN: Antworten!)

Ich sage deutlich: Wenn wir diese neuen Wege gehen und der Bund sich seiner Verantwortung für die bedürftigen Kinder stellt, wie ich es eben skizziert habe, müssen wir allen anderen verantwortlichen Akteuren in diesem Land aber auch die Frage stellen, was

mit den übrigen Kindern ist. Das ist nämlich die Mitte, meine Damen und Herren. Die Kinder der Geringverdiener dürfen wir bei diesen Berechnungen nicht aus dem Blick lassen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Hier ist nicht nur der Bund gefordert. An dieser Stelle sind alle anderen Akteure mit gefordert. Nur wenn wir in diesem Punkt zusammenarbeiten und alle an einem Strang ziehen, kann der große Wurf gelingen.

Ich weiß, dass das Geld kostet. Wir müssen uns aber auch fragen, wo wir Prioritäten setzen. Diese Rechnung ist nämlich die beste Rechnung, die dieses Land aufmachen kann.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es stimmt, dass alles, was verteilt wird, erst erarbeitet werden muss. Weil das richtig ist, muss die nächste Generation aber ebenfalls eine Chance dazu bekommen.

(Beifall der Abg. Miriam Gruß (FDP))

Das sind doch diejenigen, die uns alle in diesem Land in 30 Jahren tragen müssen.

(Beifall des Abg. Paul Lehrieder (CDU/CSU))

Deshalb, meine Damen und Herren, sollten wir die Situation nutzen, den Kindern heute eine reelle Chance zu geben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Kollegin von der Leyen, möchten Sie noch eine Zwischenfrage zulassen, diesmal von Frau Enkelmann?

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Nein, jetzt möchte ich weiterreden.

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Sie wollen keine mehr zulassen? - Gut.

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Ich möchte eines deutlich machen - diese Rechnung ist sehr einfach; man muss sie aber auch umsetzen, und das ist die Chance dieser Legislatur -: Ein Kind, das das Schuljahr schafft und sich nicht schämen muss, weil es schon wieder das Frühstücksbrot schnorren musste, das, wenn es ein junger Erwachsener ist, den Abschluss, die Lehre oder den Beruf schafft, ist später ein Erwachsener weniger, der Jahre oder Jahrzehnte von Sozialleistungen lebt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Das ist ein Erwachsener mehr, der Verantwortung für das Ganze übernehmen kann. Für die Kinder ist das eine Frage der Lebenschancen. Aber für unser Land entscheidet sich hier der gesellschaftliche Zusammenhalt. Deshalb bitte ich auch dieses Hohe Haus, in dieser Legislatur die Kraft aufzubringen, die Prioritäten richtig zu setzen, damit wir diesen großen Schritt nach vorne tatsächlich tun und uns nicht durch Streitigkeiten verstoßeln.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei Abgeordneten der SPD und der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Zu einer Kurzintervention erteile ich das Wort der Kollegin Dagmar Enkelmann von der Fraktion Die Linke.

Dr. Dagmar Enkelmann (DIE LINKE):

Frau Ministerin, ich hätte gerne eine Nachfrage gestellt, weil bei uns eine Irritation entstanden ist. Sie haben in Ihrer Rede gerade gesagt, dass es notwendig ist, Kindern gleiche Chancen zu geben, insbesondere dort, wo ihnen etwas schwerer fällt, zum Beispiel im Unterricht, und auch Nachhilfe zu finanzieren. Die Förderung von Nachhilfe ist im Katalog der Bundesagentur enthalten, aber nur unter ganz besonderen Bedingungen, nämlich bei langfristiger Erkrankung oder einem Todesfall in der Familie. In der gestrigen Fragestunde habe ich dazu eine Frage gestellt, und Staatssekretär Fuchtel hat mir bestätigt: Das ist nur in besonderen Situationen möglich.

Ich frage Sie: Was wollen wir denn? Wollen wir tatsächlich Chancengleichheit für Kinder? Das würde nämlich bedeuten, dass Nachhilfe in jedem Fall finanziert werden muss, gerade für Kinder aus Familien, die benachteiligt sind, die zum Beispiel im Hartz-IV-Bezug sind. Ich fordere Sie auf, hier für eine Klarstellung zu sorgen. Für uns heißt das, dass Sie ganz deutlich sagen sollten: Ja, Nachhilfe muss finanziert werden. Sie gehört zum Sonderbedarf.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Frau Ministerin, zur Erwidern. - Bitte schön.

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Arbeit und Soziales:

Vielen Dank. - Das, was Sie gerade angesprochen haben, ist die Härtefallregelung. ?Härtefall? heißt: wiederkehrend außergewöhnlicher Bedarf. In diesem Fall, bei der Nachhilfe, gilt diese Regelung dann, wenn ein Elternteil verstorben ist oder wenn es schwere Krankheiten in der Familie gibt.

Die Härtefallregelung, die kurzfristig ausgerichtet ist, werden wir an das Sozialversicherungsstabilisierungsgesetz anhängen. Das wird schnell und sauber erfolgen, weil dies im Rahmen der Sozialhilfe bereits geregelt ist und es dazu eine umfangreiche Rechtsprechung gibt. Die Härtefallregelung ist, wie gesagt, kurzfristig ausgerichtet.

Worüber ich gesprochen habe, ist ein größerer Schritt. In diesem Jahr müssen wir nämlich eine noch größere Frage beantworten: Wie kann allen Kindern ermöglicht werden, in der Schule mitzukommen? Die Antwort auf diese Frage fließt in die Regelsatzberechnung ein.

25.02.2010 - 47/53 - E:\0A-

SHOPS\105_unsereBRD\Berichtsquellen\Bundestag_Sitzung24_HartzIV_2010-02-25.doc

Hier kann man unterschiedlich vorgehen: Wenn Bildung als spezifischer Bestandteil in den Kinderregelsatz aufgenommen wird, was bisher nicht der Fall ist, kann man entweder eine höhere Geldleistung vorsehen - ich halte das für nicht richtig; ich habe eben geschildert, warum -, oder man sagt: Lasst uns dieses Mehr in kluge Netze der Hilfe, in Dienstleistungen von Mensch zu Mensch für die Kinder vor Ort, ganz konkret für die, die Nachhilfe brauchen, investieren. Ich weiß, das ist neu. Ich weiß, da ist ein großes Rad zu drehen. Aber ich glaube, wir werden die Kraft haben, das umzusetzen.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Während der Rede des Kollegen Westerwelle hat sich der Kollege Alexander Ulrich zu einem Zwischenruf hinreißen lassen, der unserem Sprachgebrauch und unserem Umgang untereinander nicht angemessen ist.

(Fritz Kuhn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was hat er denn gesagt?)

Er hat ihn "Volksverhetzer" genannt. Ich rüge diesen Zwischenruf.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Als nächster Redner hat der Kollege Ernst Rossmann von der SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Ernst Dieter Rossmann (SPD):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Bundesverfassungsgericht hat ein wirklich bedeutsames Urteil gesprochen. Wir sind heute hier im Parlament in der besonderen Situation, dass vonseiten der Regierung zwei Minister sprechen, und man sich fragt: Für welche Regierung? Sprechen sie zusammen?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ihnen, Frau von der Leyen, zolle ich durchaus Anerkennung. Wir hoffen, dass Sie für die ganze Regierung gesprochen haben.

Das Bundesverfassungsgericht hat sich mit dem Bedarf, mit der Menschenwürde und mit der Anerkennung von Menschen in Armut, insbesondere aber von Kindern in Armut auseinandergesetzt. Eine Rückmeldung an Herrn Westerwelle: Der Unterschied zwischen Frau von der Leyen und Ihnen ist - das merken nicht nur die Menschen, das merken auch wir im Parlament -: Wenn Sie hier sprechen, tauchen diese 6 Millionen Menschen bzw. diese 1,6 Millionen Kinder überhaupt nicht auf.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie können sich nicht hineinfühlen in das, was diese Menschen, gestützt durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts, von uns, aber auch von der Regierung erwarten können. Sie sprechen immer über andere, und das belastet die Debatte. Frau von der Leyen hat daher vorweg gesagt: Man führt diese Debatte besser mit Engagement, aber nicht mit Schaum vor dem Mund. Sie haben am Ende immer Schaum vor dem Mund.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es ist gut, dass Sie, Frau von der Leyen, einen anderen Duktus, einen Duktus der Einfühlung, des Sichauseinandersetzens mit den Lebenslagen dieser Menschen, einen Duktus der Kooperation in die Debatte gebracht haben.

Für die SPD-Fraktion darf ich Ihnen sagen: Dann muss man, wo es um eine konkrete Kooperationsaufgabe geht, die in einem Zusammenhang steht mit der Situation von Menschen in Armut, die Arbeit brauchen, zeigen, dass man wirklich kooperationsfähig ist. Wir haben das Angebot gemacht, das Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Besten der Arbeitsuchenden, der Eltern und der Kinder in Richtung einer gemeinsamen Aufgabenverantwortung umzusetzen. Dann müssen Sie aber auch kommen und das mit uns zusammen umsetzen dürfen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Herr Kauder ist jetzt gegangen, Herr Röttgen war gar nicht hier. Sie haben da etwas wiedergutzumachen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Sie haben hier die Möglichkeit, darüber zu sprechen, dass die Menschen schnell in Arbeit vermittelt werden müssen und dass wir Arbeitsfördermaßnahmen im Bildungsbereich brauchen. Das müssen Sie aber auch garantieren. Können Sie da für die ganze Regierung sprechen? Dies ist Ihre Bewährungsprobe: Sie müssen im Zusammenhang mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts Ernsthaftigkeit zeigen. Sie dürfen nicht nur reden, sondern müssen zu Ergebnissen kommen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Frau von der Leyen, Sie haben zu Recht darauf hingewiesen, dass es um die Kinder geht. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem Urteil in der Tat herausgestellt, dass es um Würde, Chancengerechtigkeit und Gleichheit geht. Es geht aber nicht nur um die persönliche Verantwortung der Eltern, sondern auch um gemeinschaftliche Verantwortung, um die Verantwortung der Gesellschaft, des Staates, all diesen Kindern eine Perspektive zu eröffnen. Dazu braucht es Kooperation.

Wir gehen davon aus, dass der Bedarf der Kinder sicherlich höher anzusetzen ist. Gerade wenn es um Bildungschancen geht, ist ein Gutschein nicht die erste Wahl. Die erste Wahl muss sein - das ist in dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Ausdruck gekommen - , dass alle die Chance bekommen, kostenlos einen guten Kindergarten zu besuchen, kostenlos eine gute Ganztagschule zu besuchen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

kostenlos teilzuhaben: zu lesen, zum Beispiel in Bibliotheken, Sport zu treiben, Musik zu machen.

(Dr. Heinrich L. Kolb (FDP): Kostenlos gibt es nicht, Herr Kollege! Nur gebührenfrei!)

Dies bietet vielleicht eine Brücke für eine leidige Debatte, die immer wieder aufkommt und leider auch in dieser Runde mitschwingt: Was ist eigentlich, wenn die einen durch Gutscheine unterstützt werden, andere aber keine Gutscheine bekommen? Wenn wir starke Schulen, starke Kindertagesstätten, starke Bildungseinrichtungen für alle haben, dann

beantwortet sich diese Frage jenseits jeder Diskriminierung. Wenn alle eine gute Schule besuchen, wenn alle eine gute Kindertagesstätte besuchen, stellt sich diese Frage nämlich nicht mehr. Wir werben dafür, dass Sie sich dem Kooperationsgedanken verpflichtet fühlen und gute Bildungsinfrastruktur - im Geist des Bundesverfassungsgerichts: gebunden an die Würde des Menschen, gebunden an die Würde des Kindes und im Sinne seiner Entwicklungsmöglichkeiten - langfristig mit aufbauen.

Es besteht gewaltiger Zeitdruck. Ein wichtiges Datum ist der nächste Bildungsgipfel. Dieser Bildungsgipfel darf kein Finanztransfergipfel werden, er muss ein Bildungsgipfel werden, bei dem der Bund die Länder, aber auch die Kommunen einbezieht und alle gemeinsam Standards verabreden, die von Pasewalk bis Berchtesgaden garantiert werden. Die Kinderrechte sind schließlich unteilbar, sie müssen in ganz Deutschland geachtet werden. Wir müssen garantieren, dass nicht nur die Bildungsstandards in Deutschland gleich sind, sondern auch ihre Umsetzung. Wir müssen schrittweise zu einem kostenlosen guten Angebot kommen. Das Bundesverfassungsgericht würde das anerkennen. Es würde sagen: Wenn die Standards umgesetzt sind, dann sieht die Frage der Bedarfssätze ganz anders aus; denn der Bildungsbedarf wäre bei allen abgedeckt. Wir wollen Ihnen dies gerne als Kooperationsangebot unterbreiten. Wir wissen, dass Sie dafür die Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen brauchen. Nutzen Sie die Chance des Bildungsgipfels.

Noch einmal: Nutzen Sie auch die Chance, dass es sich diese Regierung nicht selber schwerer macht, als es ja offensichtlich ist. Man muss nur in das Rund gucken und weiß nicht, wie Herr Westerwelle in dieser Debatte eigentlich mit sich umgeht. Aber auch die CDU/CSU ist keineswegs begeistert gewesen. Es ist auch anzumerken, welcher Rollenwechsel dabei stattfand. Ich will nicht polemisch fragen, ob Sie Herrn Westerwelle eigentlich am liebsten nicht auf der Regierungsbank sehen würden. Dies kann nicht das sein, was mit diesem ernsthaften Verfassungsgerichtsurteil von uns allen im Interesse der Kinder erwartet wird.

Herr Westerwelle, denken Sie an die Kinder und die betroffenen Menschen.

(Joachim Poß (SPD): Dieser Schaumschläger doch nicht!)

Wenn Sie diese Stärke ausdrücken könnten, dann wäre das ein guter Beitrag dafür, die Solidarität und den Zusammenhalt in Deutschland zu sichern. Leider schaffen Sie es bisher nur, zu spalten. Das ist zu wenig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN - Joachim Poß (SPD): Daran hat er in der Schweiz nicht gedacht!)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Als letzter Redner zu diesem Tagesordnungspunkt hat der Kollege Peter Wichtel von der CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Peter Wichtel (CDU/CSU):

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor 16 Tagen hat das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe das Urteil zum SGB II gesprochen. Wenn ich mir die Debatte von gestern und seit dem damaligen Tag in Erinnerung rufe, dann kann ich mir nicht vorstellen, dass sie bei der Bedeutung, die diese Thematik für die Betroffenen hat, für sie in einer angemessenen sachlichen Art und Weise geführt worden ist.

Nicht zuletzt durch die beiden vorliegenden Anträge wird stattdessen verdeutlicht, dass bis heute unnötige und unrealistische Versprechungen und ein verzerrtes Bild der Sachlage übermittelt werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dabei ist das Urteil zu den SGB-II-Regelsätzen eindeutig ausgefallen, und es lässt nur wenig Spielraum für Interpretationen zu. Lassen Sie mich daher die entscheidenden Aussagen des Urteils an dieser Stelle noch einmal hervorheben und unterstreichen.

Sowohl die Höhe der Regelsätze als auch deren Berechnungsmethode sind im Grundsatz bestätigt worden. Der Präsident des Bundesverfassungsgerichts, Papier, hat verdeutlicht, dass die Beträge zur Sicherstellung des Existenzminimums nicht als evident unzureichend erkannt werden können.

(Paul Lehrieder (CDU/CSU): So ist es!)

Auch für den Betrag der Regelleistung von 345 Euro kann eine evidente Unterschreitung nicht festgestellt werden.

Was ist nun festgestellt worden? Der entscheidende Auftrag des Bundesverfassungsgerichts ist es auf der einen Seite, für eine bessere und einfacher nachvollziehbare Begründung der Regelsätze zu sorgen. Auf der anderen Seite geht es darum, eine transparente und nachvollziehbare Berechnungsgrundlage vorzulegen und umzusetzen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Dieser Aufgabe wird sich die Koalition annehmen, und wir werden dies ganz besonders nachvollziehen - und das in aller Konsequenz.

Doch für die Wahrnehmung dieser Verantwortung - dies hat lebensbestimmende Bedeutung für die Betroffenen; wir haben heute schon mehrfach die Zahlen gehört, wie viele Menschen in unserem Land das sind - ist es wenig hilfreich, hier vollkommen unrealistische Dinge vorzutragen und Erwartungen zu schüren. Das sind in meinen Augen ganz eindeutig rot-grüner Klamauk und rot-grüne Stimmungsmache an der falschen Stelle.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Gott sei Dank haben die Bundesministerin für Arbeit und einige der Redner, die heute am Ende der Debatte gesprochen haben, tatsächlich zu dem Thema und zu den Kindern, die das ja hauptsächlich betrifft, gesprochen. Ich darf deswegen nochmals dazu aufrufen, dass wir gemeinsam bei der weiteren Bearbeitung, wie von der Bundesministerin vorgetragen und von der christlich-liberalen Koalition beabsichtigt, den Blick auf das Thema Kinder richten und dieses Thema anpacken. Wichtig ist, dazu beizutragen, dass bereits bestehende Möglichkeiten, die zum Beispiel der vorliegende Kriterienkatalog schon jetzt für die Härtefälle vorsieht, genutzt werden können, und bei Transferempfängern und besonders bei den Kindern, die unser Lebensmittelpunkt und unsere Zukunft sind, darauf zu achten, dass das, was zusätzlich benötigt wird, als Sonderbedarf geltend gemacht werden kann und vorgehalten wird.

Als Hintergrund ist aus meiner Sicht für die Zukunft Folgendes notwendig: Erstens müssen die Belange der Kinder entsprechend berücksichtigt werden. Zweitens muss der Regelsatz überprüft werden. Er muss nachvollziehbar sein und darf keiner Pauschalierung unterliegen.

Drittens müssen wir unbedingt die Bildungsmöglichkeiten verbessern, und wir müssen darauf hinwirken, dass die Kinder, die von uns zu Recht Unterstützung bekommen, nicht später ebenfalls Hartz-IV-Empfänger bzw. SGB-II-Empfänger - der Begriff ?Hartz IV? gefällt mir nicht besonders - werden. Ich denke, wir müssen darauf achten, dass da geholfen wird, wo die Lebenslage es erfordert.

Dies bedeutet aus meiner Sicht unter anderem auch, dass darüber nachgedacht wird, wie wir helfen können. Dabei darf das Thema Sach- und Dienstleistungen nicht ausgespart werden. Das heißt für mich, dass wir auch die Teilhabe an außerschulischem Sport und musischen Fächer sowie Nachhilfe ermöglichen müssen. Das Zur-Verfügung-Stellen von Schulmaterial, Theaterbesuche und andere Dinge gehören auch zur Teilhabe am Alltagsleben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben bei der Realisierung der Nachhaltigkeit Bildungsmöglichkeiten für Kinder in Familien zu schaffen. Das ist ein Beleg dafür, dass die christlich-liberale Koalition ihrer Verantwortung gerecht werden wird.

Lassen Sie mich zu der Thematik, die der eine oder andere gerade von denjenigen angesprochen hat, die als Gesetzgeber und Mehrheitsfraktion Hartz IV eingeführt haben, ganz deutlich sagen: Den, der heute von der Menschenwürde redet - ich fasse mich bewusst kurz, weil mir sonst die Zeit wegläuft -, frage ich, wo er sein Gewissen hatte, als er das Gesetz beschlossen hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Das sind dieselben Redner, die heute so getan haben, als hätten sie mit dem Gesetz nichts zu tun

(Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Sie haben meine Rede! Lesen Sie es mal nach! Dann wissen Sie, was ich gesagt habe!)

- das ist Rot-Grün -, und nach dem Motto ?Haltet den Dieb! Da ist der Verbrecher!?! auf die jetzige Regierung zeigen.

(Markus Kurth (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das ist sehr originell!)

Sie hatten genügend Zeit, das zu ändern. Das haben Sie an keiner Stelle getan.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der FDP)

Lassen Sie mich zusammenfassend zum Schluss kommen. Wir, die christlich-liberale Koalition, werden uns mit den Themen, die uns das Bundesverfassungsgericht auferlegt hat, befassen. Wir werden uns die Kinderregelsätze ansehen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind uns unserer Aufgabe bewusst. Wir werden zuverlässig und richtig handeln. Dazu laden wir auch Sie ein.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP)

Vizepräsident Dr. Hermann Otto Solms:

Herr Kollege Wichtel, auch Ihnen gratuliere ich im Namen des ganzen Hauses zu Ihrer ersten Rede im Deutschen Bundestag.

(Beifall)

Ich schließe die Aussprache.